

Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015

29

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler, Laura Oestreich und Katharina Werner*

In diesem Jahr hat das ifo Bildungsbarometer zum zweiten Mal die deutsche Bevölkerung nach ihrer Meinung zu bildungspolitischen Themen befragt. Quer durch die Bildungsphasen zeigt sich dabei eine erstaunliche Reformbereitschaft. Zehn Themen, bei denen es klare Mehrheiten für Veränderungen gibt: 1. Statt Gebührenpflicht sollten alle Kinder ab vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können – vom Staat durch Steuergelder finanziert. 2. Verbindliche Qualitätsstandards sollten die Ausbildung von ErzieherInnen und die Gruppengröße in Kindergärten bundesweit einheitlich regeln. 3. Ein Betreuungsgeld sollte es nicht geben. 4. Eltern sollten die Grundschule für ihr Kind frei wählen können, ohne Sprengelpflicht. 5. Deutschland sollte zu einem Ganztagschulsystem wechseln, in dem alle Kinder bis 15 oder 16 Uhr (nicht aber bis 17 Uhr) in der Schule sind. 6. In bestimmten Jahrgangsstufen – z.B. in der 3., 7. und 10. Klasse – sollte es deutschlandweit einheitliche Vergleichstests in Deutsch und Mathematik geben, die bei allen SchülerInnen in die Schulnote einfließen. 7. Bei allen Schulabschlüssen – Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur – sollten deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden. 8. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern sollte auch im Schulbereich aufgehoben werden. 9. Der Staat sollte einen Teil der Ausbildungskosten von Betrieben übernehmen, die solchen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten, die ein Jahr lang erfolglos gesucht haben. 10. Studierende sollten einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, die erst nach dem Abschluss des Studiums und ab einem gewissen Jahreseinkommen erhoben werden. Dies sind einige der Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015.

All diese Veränderungen wären grundlegende Reformen des derzeitigen Bildungssystems, die von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung getragen würden. Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen findet auch, dass die Gehälter von ErzieherInnen in frühkindlichen Einrichtungen steigen sollten. Der Großteil meint außerdem, dass die Schulnoten am Ende der Grundschulzeit entscheiden sollten, auf welche weiterführende Schulart (z.B. Realschule oder Gymnasium) ein Kind geht – im Gegensatz zur Praxis vieler Bundesländer, wo dies mittlerweile dem Elternwillen überlassen wird.

Gleichzeitig gibt es aber auch Bereiche, in denen die Mehrheit der Bevölkerung für bestehende Regelungen ist. So müssen nach Ansicht der Bevölkerungsmehrheit

ErzieherInnen kein Hochschulstudium absolviert haben. Die Bevölkerung findet auch, dass die derzeitige Anzahl der in Regelschulen unterrichteten SchülerInnen mit Behinderung in der richtigen Größenordnung liegt. Gleichermaßen gilt für die Anzahl der Schulabsolventen, die das Abitur ablegen, ebenso wie für die Anzahl der Personen mit abgeschlossener Lehre, die später ein Studium aufnehmen. Auch die Einführung elternunabhängiger BAföG-Leistungen sieht die Mehrheit nicht als erforderlich an.

All dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass die angesprochenen Reformen das Bildungssystem verbessern würden. Dies wird in der vorliegenden Studie nicht untersucht. Das Erkenntnisinteresse, das dem ifo Bildungsbarometer zugrunde liegt, besteht stattdessen darin, in welchen Bereichen und unter welchen Umständen politische Mehrheiten für Bildungsreformen gegeben wären. In diesem Sinne zeigen die angesprochenen Ergebnisse Bereiche auf, in denen politische Reformen auf öffentliche Akzeptanz treffen und umsetzbar sein dürfen.

Das ifo Bildungsbarometer 2015

Das ifo Bildungsbarometer ist eine repräsentative Befragung der erwachsenen

* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungsökonomik bearbeiteten SAW-Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2), Guido Schwerdt für die Unterstützung von Antrag und Projekt, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie TNS Infratest – insbesondere Sabine Geiss und Thomas Gensicke – für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

Kasten 1

Methodik der Befragung

Die Befragung für das zweite ifo Bildungsbarometer wurde im Mai 2015 von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. Im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren wurden 4 203 Personen befragt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Die Bevölkerung mit privater Internetnutzung (80%) wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Die Bevölkerung ohne private Internetnutzung (20%) wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen.

Um eine repräsentative Darstellung der Meinungen von Eltern schulpflichtiger Kinder zu ermöglichen, wurden über die repräsentative Grundstichprobe hinaus zusätzlich 1 042 Eltern von Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren befragt. So enthält die Gesamtstichprobe insgesamt 1 744 Eltern von Kindern in dieser Altersgruppe. Um insgesamt die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen anhand der amtlichen Statistik nach Elternstatus, Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss und Gemeindegröße gewichtet.

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei oder drei unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, z.B. mit und ohne Bereitstellung von Informationen über tatsächliche Ausgabenniveaus wie in Abbildung 14. Darüber hinaus war es in diesem Jahr möglich, den Befragten regionalspezifische Informationen auf Ebene der Bundesländer oder der Landkreise bzw. kreisfreien Städte zukommen zu lassen.

Wie sicher von einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die allen Befragten gestellt wurden, nur zwischen rund 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 400 Befragten beantwortet werden.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Dieser Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr klein. Im Durchschnitt liegt er bei unter 1%, und lediglich bei zwei Fragen übersteigt er 2,5%: Die Fragen im unteren Teil von Abbildung 18 (Online-Video-Vorlesungen) und Abbildung 19 (Finanzierung allgemeinbildender Schulen) haben 3,5% bzw. 3,9% der Befragten nicht beantwortet.

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« angegeben. Im Fragebogen wurde jedoch die Kategorie »weder dafür noch dagegen« stets als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten Werte abweichen.

Bevölkerung in Deutschland, die die Meinungen der deutschen Wahlbevölkerung zu wichtigen bildungspolitischen Themen abbildet. Erstmals wurde es im letzten Jahr erhoben (vgl. Wößmann et al. 2014).¹ Im vorliegenden Beitrag berichten wir über das zweite ifo Bildungsbarometer, das im Mai 2015 über 4 000 Personen befragt hat. Diese Befragten stellen eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren dar (siehe Kasten 1 für methodische Details). Neben einigen aus dem Vorjahr aufgegriffenen Themen stellt das ifo Bildungsbarometer 2015 viele Fragen zu neuen Themengebieten, um ein breites Bild der bildungspolitischen Meinung zu erlangen.

Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprojektes zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, das untersuchen möchte, inwieweit das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen ein wichtiger Grund für die Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln ist.

Um darüber hinaus untersuchen zu können, was die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik beeinflusst, weist das ifo

Bildungsbarometer an einigen Stellen eine methodische Besonderheit auf: Bei einigen Fragen stellen wir jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung lassen sich so Aussagen darüber machen, wie die deutsche Bevölkerung mit und ohne Bereitstellung dieser Informationen zu der jeweiligen Frage steht. So lässt sich untersuchen, ob und in welchem Ausmaß sich die angegebene Meinung durch die Bereitstellung der Information verändert. Die Erkenntnisse können auch der Politik helfen, indem sie aufzeigen, welche Informationen der Wählerschaft möglicherweise bereitgestellt werden müssten, um die öffentliche Akzeptanz von Bildungsreformen und damit die Chancen zur Umsetzung förderlicher Maßnahmen zu erhöhen.

In diesem Jahr bestand ein besonderes Interesse an drei zusätzlichen Forschungsgegenständen, über die wir am Ende des Beitrags berichten. Erstens vergleichen wir die bildungspolitischen Meinungen von Eltern junger Kinder mit denen der restlichen Bevölkerung. Dazu bestand eine Besonderheit der Vorgehensweise beim ifo Bildungsbarometer 2015 darin, die Gruppe der Eltern von Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren in der Befragung so zu erhöhen, dass auch für diese Gruppe repräsentative Aussagen möglich sind. So konnten in diesem Jahr 1 744 Eltern von Kindern

¹ Die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2014 finden Sie unter www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer. Das Projekt beinhaltet auch eine Kooperation mit Kollegen des Program of Education Policy and Governance (PEPG) der Harvard Universität, die einen Teil der Fragen in vergleichbarer Form auch in den USA gestellt haben (vgl. Henderson et al. 2015), sowie der Universität Bern.

im schulpflichtigen Alter befragt werden, im letzten Jahr waren es nur 524. Im Folgenden berichten wir zunächst die Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung (wobei Gewichtungsfaktoren verwendet werden, die sicherstellen, dass Eltern in der Auswertung nicht überrepräsentiert sind), bevor wir am Ende auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Eltern und der restlichen Bevölkerung eingehen.

Zweitens sind wir daran interessiert, inwiefern Parteipositionen zu bestimmten Themen die Meinungen von Befragten mit unterschiedlichen Parteipräferenzen beeinflussen. Dazu wurden bei drei Fragen zufällig ausgewählte Teilgruppen über die Positionen der sechs größten Parteien in Deutschland zu dem jeweiligen Thema informiert.

Drittens untersuchen wir in diesem Jahr, ob es die Meinungen der Befragten in besonderer Weise beeinflusst, wenn sie darüber informiert werden, wie die Lage in ihrer jeweiligen Gegend ist. Deshalb bestand eine weitere Besonderheit des ifo Bildungsbarometers 2015 darin, dass den Befragten bei einigen Fragen regionalspezifische Informationen – zum Teil auf Ebene der Bundesländer, zum Teil auf Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte – bereitgestellt wurden, so z.B. über den Anteil der bei der Einschulung zurückgestellten Kinder oder über den Anteil der Schulabsolventen, die das Abitur abgelegt haben.

Wie wichtig sind bildungspolitische Themen für Wahlentscheidungen?

Eine zentrale Motivation, die bildungspolitischen Meinungen der erwachsenen Bevölkerung zu erheben, besteht darin, dass Politiker diese berücksichtigen müssen, wenn sie wiedergewählt werden wollen. Aus politikökonomischer Sicht ist es also interessant zu wissen, ob bildungspolitische Themen die Wahlentscheidungen der Bevölkerung beeinflussen. Deshalb haben wir unsere repräsentative Stichprobe der deutschen Wahlbevölkerung gefragt, wie wichtig bildungspolitische Themen für sie bei Landtagswahlen sind, weil in Deutschland die meisten bildungspolitischen Themen bei den Bundesländern angesiedelt sind.

Fast drei Viertel (73%) der Befragten geben an, dass das Thema Schul- und Bildungspolitik für ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen (sehr oder eher) wichtig ist, ein knappes Viertel (24%) hält es sogar für sehr wichtig (vgl. Abb. 1). Die Zustimmung steigt auf 76% unter denjenigen Befragten, die angeben, immer oder meistens wählen zu gehen. Für Personen, die nie, selten oder nur manchmal

Abb. 1

**Wie wichtig ist Bildungspolitik für die Wahlentscheidung der Deutschen?
Bei Landtagswahlen spielt Schul- und Bildungspolitik eine wichtige Rolle**



Frage:

Wie wichtig ist das Thema Schul- und Bildungspolitik für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

ihre Stimme abgeben, ist der Wert mit 63% deutlich geringer. Unter den Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter sind es gar 83%, bei denen bildungspolitische Themen für die Landtagswahlentscheidung wichtig sind. Insofern dürfte den Meinungen der Bevölkerung zu den verschiedenen bildungspolitischen Themen im politischen Prozess also durchaus Bedeutung zukommen.

Im Folgenden berichten wir die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015 zur Meinung der deutschen Bevölkerung über bildungspolitische Themen von der fröhkindlichen Bildung über die Schulbildung hin zu Berufsausbildung, Studium und Weiterbildung sowie zu einigen Aspekten, die die Bildungsphasen übergreifen. Am Ende des Beitrags gehen wir noch auf die Meinung von Eltern sowie die Effekte von Informationen über Parteipositionen und der Bereitstellung von Regionalinformationen ein.

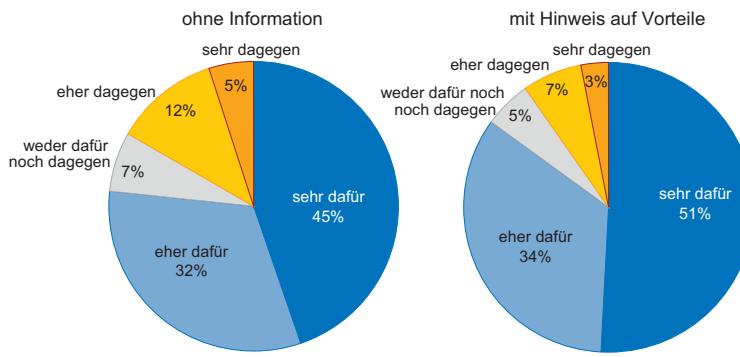
Fröhkindliche Bildung

In Deutschland sind fröhkindliche Einrichtungen wie Krippen, Kindertagesstätten und Kindergärten mittlerweile fester Bestandteil des Bildungssystems. Eltern, die sich dafür entscheiden, dass ihre Kinder vor der Schule eine fröhkindliche Einrichtung besuchen, müssen jedoch derzeit in der Regel einen Teil der Kosten durch Gebühren selbst tragen. Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung würde dies gerne ändern. Insgesamt sind 77% (sehr oder eher) dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren aus Steuergeldern finanziert, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können (vgl. Abb. 2). Nur 17% sind (sehr oder eher) dagegen. Dies bestätigt die Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers, dass sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen für eine grundlegende Reform der Finanzierung von Kindergartenplätzen aus-

Abb. 2

Sollte der Kindergarten kostenfrei sein?

Deutliche Zustimmung zu Steuerfinanzierung – besonders bei Hinweis auf Vorteile für Kinder

Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information [mit Hinweis auf Vorteile^{a)} [Zahlreiche Studien zeigen, dass sich Bildungsausgaben besonders im fröhkindlichen Bereich positiv auf spätere Bildung, Sozialverhalten und Einkommen von Kindern auswirken.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kindertagessgebühren durch Steuergelder vom Staat übernommen werden, damit alle Kinder ab dem Alter von 4 Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde diese Frage mit zusätzlichem Hinweis auf Vorteile gerade bei Kindern aus benachteiligten Verhältnissen gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version „mit Hinweis auf Vorteile“ unterscheidet, wurden die Ergebnisse der beiden Fragen zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

spricht – auch bei Hinweis auf die Notwendigkeit der Verwendung von Steuergeldern.

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien zeigt, dass Investitionen in die fröhkindliche Bildung besonders wirksam sind (vgl. etwa Cunha et al. 2006). Zum einen haben sie einen größeren positiven Effekt auf späteren Bildungsstand, Sozialverhalten und Einkommen der Kinder als Investitionen in späteren Bildungsphasen. Zum anderen erhöht fröhkindliche Förderung die Bildungsgerechtigkeit, da besonders Kinder aus benachteiligten Verhältnissen von fröhkindlicher Bildung profitieren. Zwei Teilgruppen der Befragten haben wir auf jeweils einen dieser Vorteile hingewiesen. In diesen Teilgruppen liegt der Anteil der Zustimmung zu einem kostenfreien Kindergarten mit 85% sogar noch höher.

Eine weitere zentrale Debatte im Bereich der fröhkindlichen Bildungseinrichtungen betrifft die Gehälter der ErzieherInnen. Nachdem Gewerkschaften und Kommunen im Kita-Tarifstreit keine Einigung erzielen konnten, kam es Anfang Mai 2015 zu einem mehrwöchigen Streik der ErzieherInnen. Der Großteil der Befragten unterstützt die Forderungen der ErzieherInnen nach höheren Gehältern:

79% der Deutschen sind der Meinung, dass die Gehälter der ErzieherInnen steigen sollten (vgl. Abb. 3). Nur 20% sind dafür, dass die Gehälter in etwa unverändert bleiben sollten. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als sich im ersten ifo Bildungsbarometer in einer vergleichbaren Frage nur 29% für eine Erhöhung der Lehrergehälter ausgesprochen hatten.

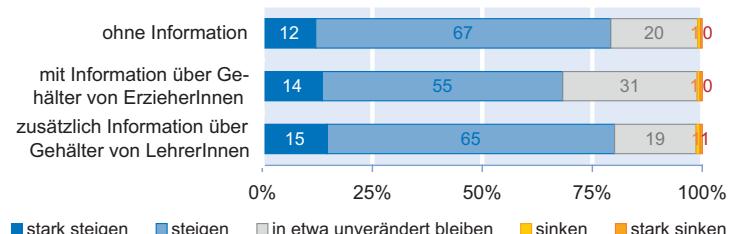
Eine Teilgruppe der Befragten wurde darüber informiert, dass vollzeitbeschäftigte ErzieherInnen derzeit etwa 1 575 Euro netto im Monat verdienen (Datenquelle: Berechnung anhand des Mikrozensus 2012). In dieser Teilgruppe sinkt der Anteil derer, die steigende Gehälter für ErzieherInnen befürworten, auf 69%. In einer weiteren Teilgruppe, die zusätzlich den Hinweis erhielt, dass das durchschnittliche Nettogehalt von LehrerInnen bei rund 2 750 Euro liegt, finden höhere Gehälter der ErzieherInnen jedoch erneut eine Zustimmung von 80%.

In der Debatte über die Gehälter rückt häufig auch die Ausbildung der ErzieherInnen in den Fokus. In Deutschland benötigen ErzieherInnen in fröhkindlichen Einrichtungen derzeit kein Hochschulstudium. Die Mehrheit der Deutschen unterstützt diese Regelung: 55% sind (sehr oder eher) dagegen, dass ErzieherInnen ein solches Studium absolvieren müssen (vgl. Abb. 4). Dieses

Abb. 3

Sollten die Gehälter von ErzieherInnen steigen?

Deutliche Mehrheit für höhere Gehälter

Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern in fröhkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

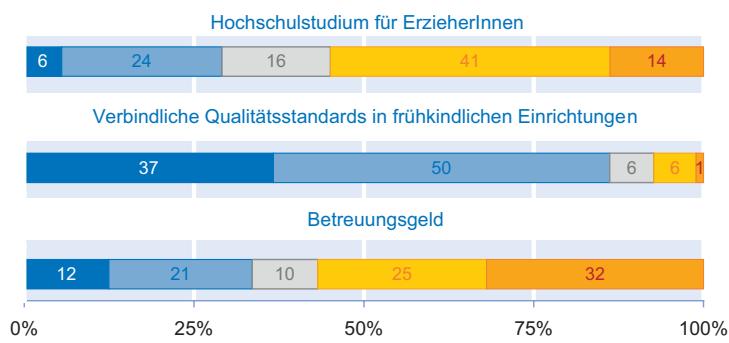
mit Information über Gehälter [zusätzlich Information über Gehälter von LehrerInnen] (Die Frage „ohne Information“ wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) In Deutschland verdienen vollzeitbeschäftigte ErzieherInnen und Erzieher in fröhkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) im Durchschnitt rund 1 575 Euro netto im Monat [, während vollzeitbeschäftigte LehrerInnen und Lehrer rund 2 750 Euro netto im Monat verdienen].

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 4

Was meinen die Deutschen zu Themen der frühkindlichen Bildung?

Mehrheit für bundesweite Standards, jedoch gegen verpflichtendes Hochschulstudium der ErzieherInnen und gegen Betreuungsgeld



■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weder dafür noch dagegen ■ eher dagegen ■ sehr dagegen

Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Hochschulstudium für ErzieherInnen^{a)} Sind Sie dafür oder dagegen, dass Erzieherinnen und Erzieher in frühkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) ein Hochschulstudium absolviert haben müssen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Verbindliche Qualitätsstandards in frühkindlichen Einrichtungen Sind Sie dafür oder dagegen, dass verbindliche Qualitätsstandards für frühkindliche Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) eingeführt werden, die Standards beispielsweise für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Gruppengröße bundesweit einheitlich regeln?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Betreuungsgeld Der Staat zahlt Eltern, die ihre Kinder im Alter von 2 bis 3 Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis darauf gestellt, dass in Deutschland GrundschullehrerInnen ein Hochschulstudium benötigen, ErzieherInnen in frühkindlichen Einrichtungen dagegen nicht. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Ergebnis ändert sich nicht in der Teilgruppe der Befragten, die darauf hingewiesen wird, dass ein Hochschulstudium für Grundschullehrkräfte verpflichtend ist.

Die Sicherung der Qualität von frühkindlichen Einrichtungen ist für die Deutschen ein wichtiges Thema. So sind 86% (sehr oder eher) für die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards, die beispielsweise die Ausbildung von ErzieherInnen und die Gruppengröße bundesweit einheitlich regeln. Lediglich 7% sind (sehr oder eher) dagegen.

Familien, die ihre Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren nicht in einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, konnten zum Zeitpunkt der Befragung vom Staat finanzielle Unterstützung durch das Betreuungsgeld beantragen. Während im ersten ifo Bildungsbarometer schon eine knappe

Mehrheit der Befragten (51%) (sehr oder eher) gegen das Betreuungsgeld war, fällt die Ablehnung in der diesjährigen Befragung mit 57% noch deutlicher aus. Lediglich 34% sind (sehr oder eher) für die Beibehaltung dieser Förderung. Nach Abschluss der Befragung, am 21. Juli 2015, hat das Bundesverfassungsgericht die rechtliche Grundlage des Betreuungsgeldes als verfassungswidrig eingestuft. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die deutsche Bevölkerung mehrheitlich nicht hinter einer verfassungskonformen Neugestaltung und Wiedereinführung des Betreuungsgeldes stehen würde.

Schulen

Im Schulbereich hat das ifo Bildungsbarometer die Meinungen der Bevölkerung zu Aufgaben und Struktur des Schulsystems, Prüfungen, allgemeiner Bewertung der Schulen und Bildungsausgaben erfragt.

Aufgaben des Schulsystems

Ein wichtiges Element der Schulpolitik ist die Definition der Ziele und Aufgaben der Schulen. In der öffentlichen Debatte geht es dabei oft um die Frage, welche Aufgaben die Schule zusätzlich zur Wissensvermittlung im Unterricht übernehmen sollte. Wir haben daher die deutsche Bevölkerung befragt, wer ihrer Meinung nach bei Grundschulkindern für verschiedene Aufgaben jenseits des regulären Unterrichts verantwortlich sein sollte – die Eltern oder die Schule. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung (69%) meint, dass die Erziehung ausschließlich oder zum größeren Teil den Eltern obliegen sollte (vgl. Abb. 5). Im Gegensatz dazu findet etwa die Hälfte der Bevölkerung, dass für die Organisation von Nachmittagsaktivitäten (wie Musik, Sport oder Theater), Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und Vorbereitung auf Tests Eltern und Schule gleichermaßen zuständig sein sollten. Dabei werden die Organisation von Nachmittagsaktivitäten und Betreuung bei den Hausaufgaben vergleichsweise häufiger als eine Aufgabe der Eltern angesehen, wohingegen Nachhilfe und Vorbereitung auf Tests mehr dem Aufgabenbereich der Schulen zugeordnet werden.

Als Nächstes haben wir erfragt, wie wichtig den Deutschen die verschiedenen Kompetenzen sind, die im Unterricht vermittelt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass alle abgefragten Kompetenzen – beispielsweise Lesen, Schreiben und Rech-

Abb. 5

Wie sollten Aufgaben zwischen Eltern und Schule verteilt sein?
Erziehung in der Verantwortung der Eltern, für vieles andere sehen die Deutschen beide in der Pflicht

**Frage:**

Es wird diskutiert, welche Aufgaben Schulen neben der Wissensvermittlung im Unterricht übernehmen sollen. Was meinen Sie, wer sollte für die folgenden Aufgaben während der Grundschulzeit verantwortlich sein und ihre Organisation übernehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

nen, aber auch Kenntnisse in den Naturwissenschaften, Wirtschaft und Musik – jeweils von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung als (sehr oder eher) wichtig für die Zukunft von SchülerInnen eingeschätzt werden (vgl. Abb. 6). Am wichtigsten sind den Deutschen dabei Kompetenzen in den Bereichen Lesen und Schreiben: 79% erachten diese für sehr wichtig. Mathematische, computerbezogene und Fremdsprachenkompetenzen finden zwischen 56% und 52% der Befragten sehr wichtig. Für jeweils etwa ein Drittel (zwischen 33% und 28%) sind naturwissenschaftliche, wirtschaftliche sowie politische, gesellschaftliche und geschichtliche Kompetenzen sehr wichtig. Sportliche sowie musische und künstlerische Kompetenzen werden hingegen nur von 18% bzw. 15% der Befragten für sehr wichtig für die Zukunft der SchülerInnen gehalten. Für 34% bzw. 41% der Bevölkerung sind diese beiden Kompetenzfelder (eher oder gar) nicht wichtig.

Die rasante Entwicklung der Computertechnik hat den Alltag vieler Menschen verändert. Ein häufiges Diskussionsthema ist daher, ob Schulen bei der Wissensvermittlung auch verstärkt neue Technologien verwenden sollten. Befragt nach dem Anteil der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen, den SchülerInnen dazu nutzen sollten, sich den Unter-

richtsstoff selbstständig am Computer zu erarbeiten, sprechen sich 16% der Befragten für mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit aus (vgl. Abb. 7). Mehr als die Hälfte der Deutschen (52%) hält jedoch einen maximalen Anteil von 20% der Unterrichtszeit für angemessen. Lediglich 8% der deutschen Bevölkerung finden, dass gar keine Unterrichtszeit für eigenständige Computerarbeit verwendet werden sollte.

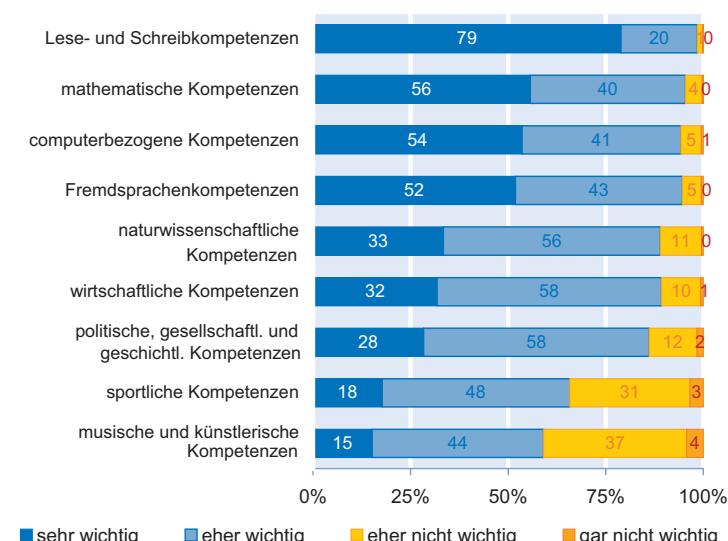
Eine Teilgruppe der Befragten wurde darüber informiert, dass Deutschland laut einer Studie im internationalen Vergleich von 21 Ländern in der Computernutzung von Achtklässlern einen der letzten Plätze einnimmt (Datenquelle: Bos et al. 2014). Dies steigert den Wunsch nach selbständiger Arbeit am Computer im Unterricht. In der Teilgruppe, die diesen Hinweis erhielt, finden 28%, dass die Hälfte oder mehr der Unterrichtszeit für selbständige Computerarbeit verwendet werden sollte, und nur 36% wünschen sich einen Anteil von höchstens 20%. In einer weiteren Teilgruppe, die darüber informiert wurde,

wurde, dass deutsche Achtklässler beim Umgang mit neuen Medien, etwa der Recherche zu Sachthemen im Internet, im internationalen Vergleich nur mittelmäßig abschneiden,

Abb. 6

Wie wichtig sind welche Kompetenzen für die Zukunft der SchülerInnen?

Viele Kompetenzen werden als wichtig erachtet, ganz besonders die Grundlagen Lesen und Schreiben

**Frage:**

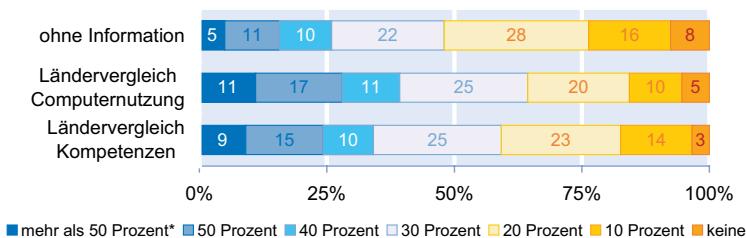
Wie wichtig sind die folgenden Kompetenzen Ihrer Meinung nach für die Zukunft von Schülerinnen und Schülern?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 7

Wie viel Unterrichtszeit sollten SchülerInnen am Computer verbringen?

Zustimmung steigt bei Hinweis auf internationalen Vergleich



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information Welcher Anteil der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen (zum Beispiel Realschulen oder Gymnasien) sollte in etwa dafür verwendet werden, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff selbstständig am Computer erarbeiten?

Ländervergleich Computernutzung

(Die Frage „ohne Information“ wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) In einer aktuellen Studie, die die Häufigkeit der Computernutzung von Achtklässlern im Unterricht in 21 Ländern vergleicht, nimmt Deutschland einen der letzten Plätze ein.

Ländervergleich Kompetenzen

(Die Frage „ohne Information“ wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Eine aktuelle Studie zeigt, dass deutsche Achtklässler beim Umgang mit neuen Medien, etwa der Recherche zu Sachthemen im Internet, im internationalen Vergleich nur mittelmäßig abschneiden.

* Die den Befragten zur Verfügung stehenden Antwortkategorien 60 Prozent, 70 Prozent, 80 Prozent, 90 Prozent und 100 Prozent wurden hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

ist die Präferenz für Computernutzung im Unterricht ebenfalls stärker ausgeprägt als in der Teilgruppe ohne Information. In dieser Teilgruppe sprechen sich 24% der Befragten für einen Anteil von mindestens der Hälfte der Unterrichtszeit aus und 41% für einen Anteil von höchstens 20%.

Entscheidungen im Grundschulbereich

Neben der Frage nach den Zielen und Aufgaben des Schulsystems befragt das ifo Bildungsbarometer auch, welche Struktur das Schulsystem nach Meinung der Deutschen haben sollte. Wir beginnen mit einigen Fragen danach, wer im Grundschulbereich bestimmte Entscheidungen treffen sollte.

Derzeit beginnt die Schulpflicht in Deutschland mit der Grundschule. Aufgrund der sogenannten Sprengelpflicht entscheidet in den meisten Bundesländern der Wohnort der Familie, welche Grundschule ein Kind besucht. Eltern können sich in der Regel nicht frei für eine Grundschule ihrer Wahl entscheiden. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen diese Regelung aus: 64% sind (sehr oder eher) dafür, dass Eltern die Grundschule für ihre Kinder frei wählen können (vgl. Abb. 8). Nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28%) wäre gegen eine solche Reform.

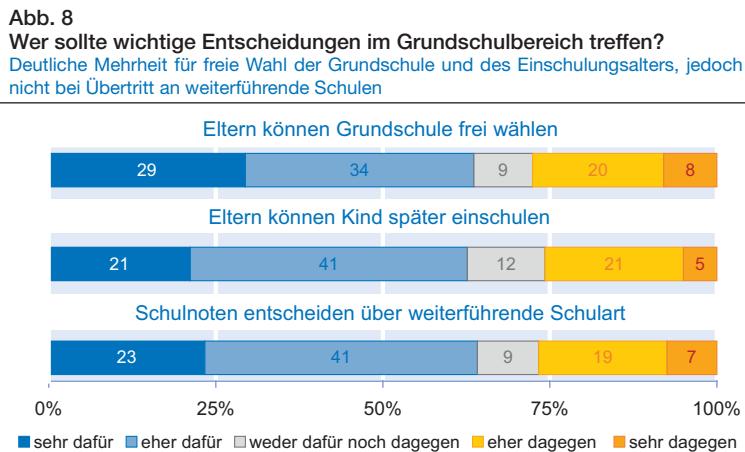
Neben der Frage, welche Grundschule ein Kind besucht, ist auch das Einschulungsalter des Kindes relevant. In Deutschland gilt grundsätzlich die Regelung, dass Kinder, die vor einem bestimmten Stichtag sechs Jahre alt werden, schulpflichtig sind. Konkret bedeutet das beispielsweise in der Hälfte der Bundesländer, dass Kinder, die bis zum 30. Juni eines Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben, nach den Sommerferien grundsätzlich die Schule besuchen müssen.² Demgegenüber wünschen sich die Deutschen mehr Entscheidungsfreiheit: Die Mehrheit der Befragten (63%) ist der Meinung, dass Eltern entgegen der grundsätzlichen Regelung entscheiden dürfen sollten, ob ihr Kind später eingeschult wird. Eine Teilgruppe der Befragten wurde vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass 7% der Kinder in Deutschland derzeit später eingeschult werden und diese Werte in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten von weniger als 1% bis 21% reichen. Diese zusätzliche Information verändert das Meinungsbild der Deutschen jedoch nicht in signifikanter Weise.

Am Ende der Grundschulzeit entscheidet in manchen Bundesländern der Notendurchschnitt darüber, welche Art der weiterführenden Schule (z.B. Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern entscheiden dies hingegen die Eltern. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet die Entscheidung durch Schulnoten: 64% sprechen sich dafür aus, dass die Schulnoten bei der Wahl der weiterführenden Schule entscheidend sind. Lediglich 28% der Befragten finden, dass dies nicht der Fall sein sollte. Dieses Ergebnis ändert sich nicht für die Teilgruppe der Befragten, die darauf hingewiesen wird, dass Eltern sich häufig für den Schultyp entscheiden, den sie selbst besucht haben.

Struktur des Schulsystems

Eine wichtige Reformanstrengung im deutschen Schulsystem in den letzten Jahren ist der Ausbau von Ganztagschulen. Eine flächendeckende und verpflichtende Einführung von Ganztagschulen wird im Großen und Ganzen von der Mehrheit der Deutschen unterstützt. Allerdings ist die Länge des Schultages in Ganztagschulen für viele ein wichtiges

² Früher lag der Stichtag bundesweit einheitlich auf dem 30. Juni. Seit 1997 können die Länder jeweils eigene Stichtage zwischen dem 30. Juni und 31. Dezember des Jahres festlegen. In Thüringen ist der Stichtag der 1. August, in Rheinland-Pfalz der 31. August, in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen der 30. September und in Berlin der 31. Dezember. Die anderen acht Bundesländer haben bislang am 30. Juni als Stichtag festgehalten.

**Frage 1:**

Eltern können Grundschule frei wählen In den meisten Bundesländern entscheidet der Wohnort der Familie, welche Grundschule ein Kind besucht („Sprengelpflicht“). Eltern können in der Regel nicht frei entscheiden, in welche Grundschule ihr Kind geht. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern die Grundschule frei wählen können?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Eltern können Kind später einschulen^{a)} Grundsätzlich wird das Einschulungsalter eines Kindes dadurch bestimmt, ob das Kind vor einem bestimmten Stichtag 6 Jahre alt ist. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern entgegen der grundsätzlichen Regel entscheiden dürfen, dass ihr Kind später eingeschult wird?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Schulnoten entscheiden über weiterführende Schularbeit^{b)} In manchen Bundesländern entscheidet der Notendurchschnitt am Ende der Grundschulzeit darüber, welche Art der weiterführenden Schule (zum Beispiel Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern liegt diese Entscheidung bei den Eltern. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Schulnoten entscheiden, auf welche weiterführende Schularbeit ein Kind geht?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf den Anteil der später eingeschulten Kinder in Deutschland gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

^{b)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis gestellt, dass sich Eltern häufig für den Schultyp entscheiden, den sie selbst besucht haben. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Kriterium. Danach gefragt, ob Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechseln sollte, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind, sprechen sich 61% der in einer ersten Teilgruppe Befragten (sehr oder eher) dafür aus, und nur 29% sind (sehr oder eher) dagegen (vgl. Abb. 9). In einer zweiten Teilgruppe, die nach ihrer Meinung zu Ganztagschulen bis 16 Uhr gefragt wurde, liegt die Zustimmung leicht niedriger bei 56%. Weiterhin unterstützt jedoch die absolute Mehrheit die Einführung eines Ganztagschulsystems für alle Kinder. In einer dritten Teilgruppe, die stattdessen nach einem Ganztagschulsystem bis 17 Uhr gefragt wurde, findet sich jedoch keine absolute Mehrheit für das Ganztagschulsystem: 47% der Befragten unterstützen eine Schulzeit bis 17 Uhr für alle Kinder, 43% lehnen diese ab.

Im deutschen Schulsystem gibt es neben den staatlichen Schulen auch Schulen in freier Trägerschaft, wie z.B. Schulen in kirchlicher Trägerschaft oder Waldorfschulen. Wir ha-

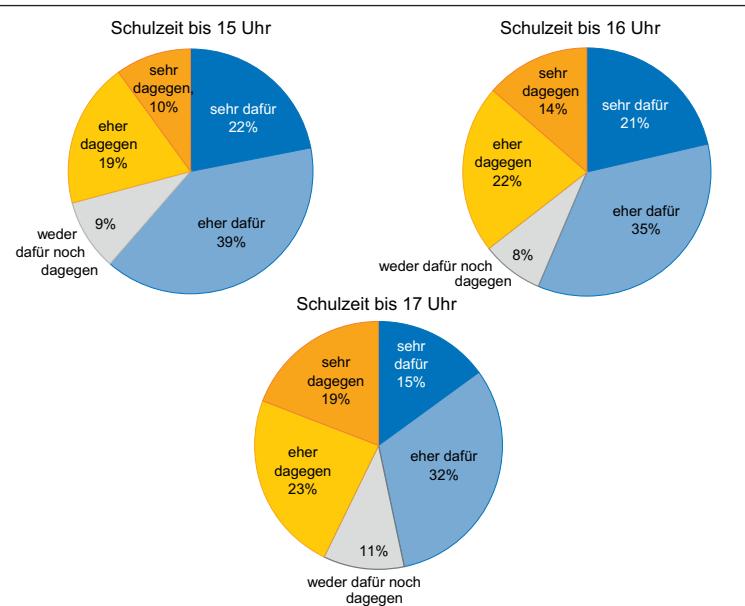
ben die deutsche Bevölkerung nach ihrer Meinung gefragt, wie diese Schulen finanziert werden sollten, wenn sie sich verpflichten, kein zusätzliches Schulgeld von den SchülerInnen zu verlangen. Derzeit erhalten Schulen in freier Trägerschaft vom Staat pro SchülerIn etwa 60% bis 70% der Kosten erstattet, die an staatlichen Schulen entstehen. 41% der Befragten möchte an dieser Regelung festhalten (vgl. Abb. 10). Etwas mehr als ein Viertel (27%) findet, dass Schulen in freier Trägerschaft genauso viel staatliche Unterstützung erhalten sollten wie staatliche Schulen, ein weiteres Fünftel (19%) findet, dass sie mehr als derzeit, aber weniger als staatliche Schulen erhalten sollten. Nur 13% der Deutschen halten die finanzielle Unterstützung, die Schulen in freier Trägerschaft vom Staat erhalten, für zu hoch. Dieses Ergebnis ändert sich nicht signifikant in der Teilgruppe der Befragten, die den Hinweis erhielt, dass in einigen europäischen Ländern jede Schule gleich viel Geld je SchülerIn erhält, unabhängig davon, ob sie in staatlicher oder freier Trägerschaft ist.

Ein weiteres viel diskutiertes Thema der Schulpolitik ist die Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche. 40% der Deutschen finden, dass der Anteil von SchülerInnen mit Behinderung oder Lernschwäche, die in Regelschulen anstatt in speziellen Sonder- oder Förderschulen unterrichtet werden, steigen sollte (vgl. Abb. 11). 43% finden, dass der derzeitige Inklusionsanteil ausreichend ist. Eine Teilgruppe der Befragten wurde zunächst darüber informiert, dass deutschlandweit derzeit 28% der SchülerInnen mit Behinderung oder Lernschwäche in Regelschulen unterrichtet werden und diese Werte in den einzelnen Bundesländern von 15% bis 63% reichen.³ Das Meinungsbild der Deutschen unterscheidet sich jedoch mit und ohne diese Information nicht signifikant.

Im letzten Jahr war im ifo Bildungsbarometer 2014 eine knappe Mehrheit der Deutschen der Meinung, dass die Anzahl der Personen, die in Deutschland ein Studium aufnehmen, zu hoch ist. Vor diesem Hintergrund haben wir die Bevölkerung in diesem Jahr befragt, ob sie die Anzahl der Personen mit Hochschulzugangsberechtigung für zu hoch hält. Gefragt nach der Anzahl der SchulabsolventInnen in ihrer Gegend, die das Abitur ablegen, findet die Mehrheit

³ Der niedrigste Wert findet sich in Niedersachsen, der höchste in Bremen, was in der Befragung allerdings nicht erwähnt wurde.

Abb. 9
Soll Deutschland zu einem Ganztagschulsystem wechseln?
Deutliche Mehrheit für Ganztagschule bis 15 oder 16 Uhr – Widerstand wächst bei Schulzeit bis 17 Uhr



Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

der Befragten (51%), dass die derzeitige Anzahl in etwa die richtige Größenordnung ist. Ein Drittel der Deutschen meint, dass weniger SchülerInnen das Abitur absolvieren sollten, lediglich 16% sind der Meinung, dass es zurzeit zu wenige sind. Dieses Ergebnis verändert sich nicht in der Teilgruppe der Befragten, die darüber informiert wurden, dass derzeit in Deutschland 36% der SchulabsolventInnen das Abitur ablegen und dass dieser Anteil in den einzelnen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten von 11% bis 59% reicht.

Vergleichbarkeit der Prüfungen

Im Schulbereich wird regelmäßig eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern diskutiert. Deshalb haben wir im ifo Bildungsbarometer 2015 einheitliche Prüfungen sowohl während der Schulzeit als auch bei den Schulabschlüssen zum Thema gemacht.

Zum einen haben wir danach gefragt, ob jeweils eine Klassenarbeit in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – z.B. in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest ersetzt werden sollte, der bei allen SchülerInnen in die Schulnote einfließt. Mit großer Mehrheit (68%) ist die deutsche Bevölkerung

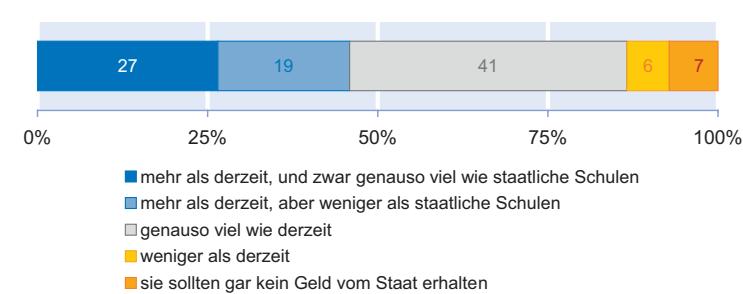
(sehr oder eher) für die Einführung solcher bundesweiter Vergleichstests (vgl. Abb. 12). In der Teilgruppe, die zusätzlich den Hinweis erhielt, dass dies in einigen anderen Ländern bereits üblich ist, ist die Zustimmung mit 62% etwas geringer. Wird eine weitere Teilgruppe zusätzlich darüber informiert, dass diese Vergleichstests dazu genutzt werden, um die einzelnen Schulen zu vergleichen, liegt die Zustimmung wie in der ersten Gruppe bei 68%.

Zum anderen haben wir nach der Einführung deutschlandweit einheitlicher Abschlussprüfungen gefragt. Im letzten Jahr hatte sich im ifo Bildungsbarometer 2014 eine überwältigende Mehrheit von 85% für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur ausgesprochen. In diesem Jahr haben wir die Befragten nicht nur nach den Abiturprüfungen, sondern auch nach Prüfungen zum Haupt- und Realschulabschluss befragt. Beim Abitur (bzw. Hochschulreife) spricht sich wiederum eine überwältigende Mehrheit von 86% für bundeseinheitliche Prüfungen aus. Aber auch bei den anderen Abschlüssen ergeben sich mit 82% beim Hauptschulabschluss und 85% beim Realschulabschluss

(Mittlere Reife) eindeutige Mehrheiten für die Einführung deutschlandweit einheitlicher Abschlussprüfungen.

Von Seiten der Bevölkerung besteht also ein deutlicher Wunsch nach mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bundes-

Abb. 10
Wie sollten Schulen in freier Trägerschaft finanziert werden?
Kein klares Bild, ob sie mehr staatliche Mittel erhalten sollten oder so viel wie bisher



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage^{a)}:

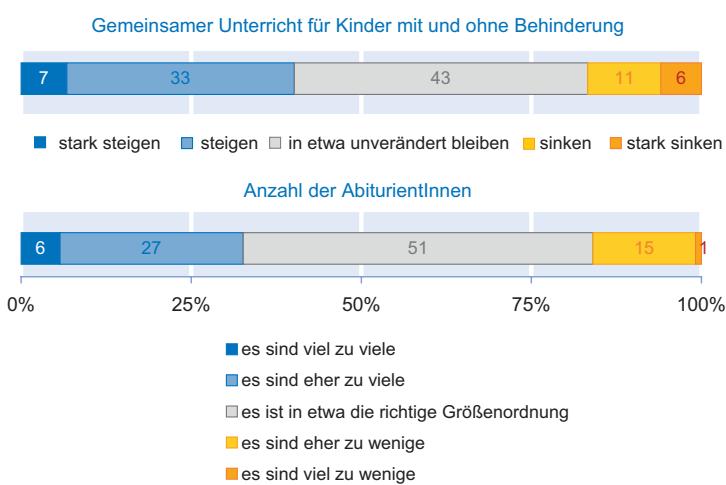
Schulen in freier Trägerschaft, wie zum Beispiel Schulen in kirchlicher Trägerschaft oder Waldorfschulen, erhalten derzeit vom Staat pro Schüler etwa 60–70 Prozent der Kosten erstattet, die ein Schüler an einer staatlichen Schule verursacht. Wenn sich Schulen in freier Trägerschaft verpflichten, kein zusätzliches Schulgeld von den Schülern zu verlangen – wie viel Geld sollten sie pro Schüler vom Staat erhalten?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf die Situation in anderen Ländern gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 11

Wie sollte sich das deutsche Schulsystem entwickeln?
Keine klaren Mehrheiten für Veränderungen bei Inklusion und Anzahl der AbiturientInnen



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung^{a)} Sollte die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung oder Lernschwäche, die in Regelschulen (zusammen mit Kindern ohne Behinderung oder Lernschwäche) anstatt in speziellen Sonder- oder Förderschulen unterrichtet werden, in Ihrem Bundesland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Anzahl der AbiturientInnen^{b)} Was denken Sie über die Anzahl der Schulabsolventen, die in Ihrer Gegend (Landkreis bzw. kreisfreie Stadt) das Abitur ablegen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf den Anteil der SchülerInnen mit Behinderung, die in Regelschulen unterrichtet werden, gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

^{b)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf den Anteil der SchulabsolventInnen, die das Abitur abgelegt haben, gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

ländern, sowohl bei den Prüfungen während der Schulzeit als auch bei den Abschlussprüfungen in allen Schulabschlüssen.

Benotung von und Ausgaben für Schulen

Vor dem Hintergrund, dass die Deutschen bei vielen schulpolitischen Themen entsprechend der bisher berichteten Ergebnisse Reformbedarf sehen, überrascht es nicht, dass die Schulen von der Bevölkerung nur als mittelmäßig benotet werden. Lediglich 2% der Bevölkerung beurteilen die allgemeinbildenden Schulen in Deutschland mit der Schulnote 1, rund ein Viertel der Befragten (26%) vergibt die Note 2 (vgl. Abb. 13). Die Mehrheit (54%) findet die Schulen dagegen befriedigend und vergibt die Note 3. Knapp jeder fünfte Deutsche (18%) beurteilt die Schulen sogar mit den Noten 4, 5 oder 6. Nach der Bewertung der allgemeinbildenden Schulen im jeweils eigenen Bundesland und vor Ort gefragt, fallen die Noten besser aus: 37% bzw. 42% der Befragten

geben in diesen Fällen die Note 1 oder 2. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem wir im ifo Bildungsbarometer 2014 dieselben Fragen zur Benotung der Schulen gestellt hatten, hat sich die Bewertung der Schulen weder auf Bundes- und Landesebene noch vor Ort signifikant verändert.

Gleichzeitig spricht sich die Mehrheit der Deutschen für höhere Ausgaben für Schulen aus: 78% der Befragten sind der Meinung, in ihrem Bundesland sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen (vgl. Abb. 14). Im Vergleich zum Vorjahr (71%) liegt die Zustimmungsrate zu steigenden Bildungsausgaben im Schulbereich noch etwas höher, was allerdings auch daran liegen könnte, dass sich die Frage in diesem Jahr auf das jeweilige Bundesland, im Vorjahr auf Deutschland insgesamt bezog.

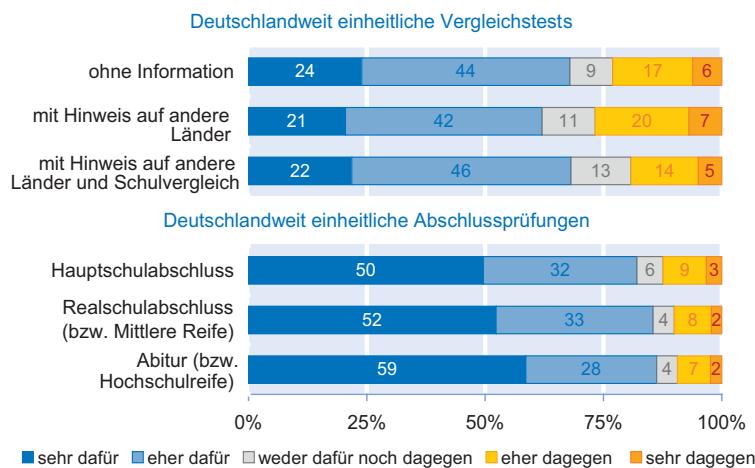
Eine Teilgruppe der Befragten haben wir vor Beantwortung der Frage darüber informiert, wie hoch die Ausgaben in ihrem jeweiligen Bundesland derzeit sind. So liegen die Ausgaben für öffentliche Schulen je SchülerIn 2011 im bundesweiten Durchschnitt bei 6 700 Euro und reichen von 5 800 Euro in Nordrhein-Westfalen bis 8 700 Euro in Thüringen (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2014). In dieser Teilgruppe ist eine Abschwächung der Bereitschaft zu höheren Ausgaben für Schulen zu beobachten. Gleichwohl sprechen sich auch in dieser Teilgruppe immer noch 63% für einen Anstieg der staatlichen Ausgaben aus.

Schließlich haben wir auch gefragt, wofür zusätzliche Ausgaben im Schulsystem nach Meinung der Befragten aufgewendet werden sollten. Unter den drei möglichen Antworten – Schulklassen verkleinern, Lehrergehälter erhöhen oder neue Schulbücher, Computer und andere Lehrmittel anschaffen – spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung (57%) für kleinere Schulklassen aus. Etwas mehr als ein Drittel (36%) entscheidet sich für zusätzliche Lehrmittel, lediglich 7% finden, dass Lehrergehälter erhöht werden sollten. Auch im Vorjahr zog bereits eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung kleinere Klassen den anderen Ausgabenmöglichkeiten im Schulsystem vor. Zwei Teilgruppen der Befragten wurden vor Beantwortung der Frage über die Kosten der einzelnen Maßnahmen informiert. Dabei konnte eine Teilgruppe selbst darüber entscheiden, ob sie diese Information erhalten möchte. Das Meinungsbild der Befragten unterscheidet sich mit und ohne diese Information nicht signifikant voneinander.

Abb. 12

Wollen die Deutschen bundesweit vergleichbare Prüfungen?

Klarer Wunsch nach Vergleichstests für SchülerInnen und deutschlandweiten Abschlussprüfungen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Deutschlandweit einheitliche Vergleichstests – ohne Information Sind Sie dafür oder dagegen, dass jeweils eine Klassenarbeit (Schulaufgabe) in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – zum Beispiel in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest ersetzt wird, der bei allen Schülerinnen und Schülern in die Schulnote einfließt?

Deutschlandweit einheitliche Vergleichstests – mit Hinweis auf andere Länder [und Schulvergleich] In einigen anderen Ländern ist es üblich, dass alle Schülerinnen und Schüler in bestimmten Jahrgangsstufen einen landesweiten Vergleichstest schreiben, der in die Schulnote der Schülerinnen und Schüler einfließt [und mit dem die einzelnen Schulen verglichen werden].

Sind Sie dafür oder dagegen, dass jeweils eine Klassenarbeit (Schulaufgabe) in Deutsch und Mathematik in bestimmten Jahrgangsstufen – zum Beispiel in der 3., 7. und 10. Klasse – durch einen deutschlandweit einheitlichen Vergleichstest ersetzt wird, der bei allen Schülerinnen und Schülern in die Schulnote einfließt [und mit dem die einzelnen Schulen verglichen werden können]?

Frage 2:

Deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen Sind Sie dafür oder dagegen, dass bei folgenden Schulabschlüssen deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Bildung jenseits der Schulzeit

Auch Themenbereiche jenseits der Schulzeit – berufliche Ausbildung, Studium und Weiterbildung im Erwachsenenalter – hat das ifo Bildungsbarometer 2015 behandelt.

Berufsausbildung

Ein wesentlicher Bestandteil der Berufsausbildung in Deutschland ist die duale Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen. Bis vor wenigen Jahren noch wurde in der öffentlichen Debatte hauptsächlich das Problem diskutiert, dass die Nachfrage der Schulabsolventen nach Ausbildungsplätzen das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen deutlich übertraf. So blieben viele Bewer-

berInnen für Lehrstellen ohne Ausbildungsvertrag. Inzwischen ist es aber so, dass die Zahl der Ausbildungsplätze, die in den Unternehmen nicht besetzt werden kann, mit 37 000 offenen Stellen deutlich über der Zahl der 21 000 jungen Menschen liegt, die ohne Ausbildungsvertrag bleiben (Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit 2014).

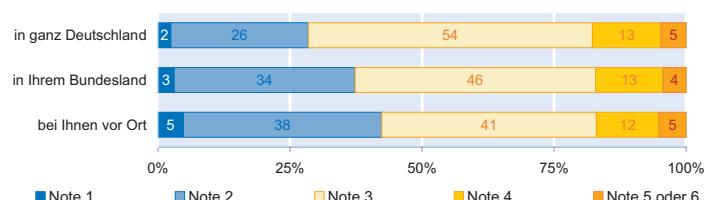
Vor diesem Hintergrund haben wir im ifo Bildungsbarometer 2015 die Frage gestellt, wo man ansetzen müsste, damit unversorgte Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen. Liegt die Lösung des Problems nach Meinung der Deutschen eher bei der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen oder bei der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen? Knapp die Hälfte der Befragten (48%) findet, dass Lösungen gleichermaßen bei den Jugendlichen und den Unternehmen ansetzen müssten (vgl. Abb. 15). Allerdings tendiert die Bevölkerung eher zum Handlungsbedarf auf Seiten der BewerberInnen für Ausbildungsplätze: Gut ein Drittel der Befragten (37%) ist der Meinung, man müsste (hauptsächlich oder eher) bei der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen ansetzen. Dieses Meinungsbild ändert sich auch nicht signifikant in der Teilgruppe der Befragten, die über die oben genannten Zahlen der unversorgten Bewerber und unbesetzten Ausbildungsplätze in Deutschland informiert wurde.

Ein möglicher Lösungsansatz, damit mehr Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, besteht darin, Unternehmen spezielle Anreize für ihre Ausbildungstätigkeit zu bieten. Diese könnten sich in besonderer Weise auf solche Jugendlichen beziehen, die besondere Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsvertrag zu bekommen. So haben wir die Befragten nach ihrer Meinung dazu gefragt, ob der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe

Abb. 13

Welche Note bekommen die deutschen Schulen?

Schulen vor Ort werden besser benotet als Schulen im Bundesland und in Deutschland



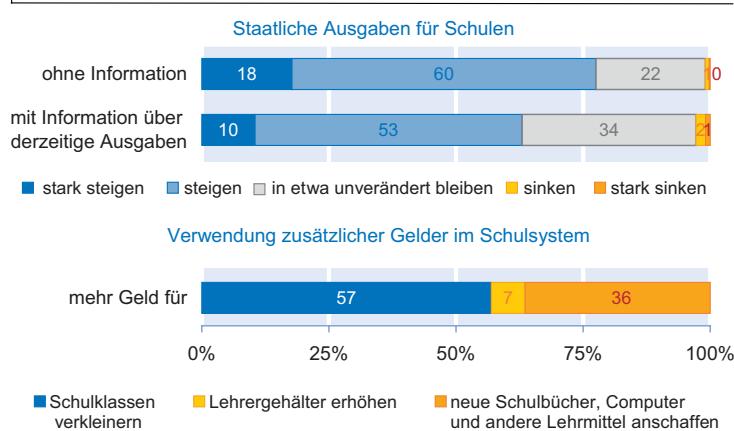
Frage:

Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 14**Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?**

Deutliche Mehrheit für höhere Bildungsausgaben

**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

Staatliche Ausgaben für Schulen – ohne Information [mit Information über derzeitige Ausgaben] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Ihrem Bundesland betragen im Durchschnitt jährlich x Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Ihrem Bundesland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Verwendung zusätzlicher Gelder im Schulsystem^{a)} Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf kostengleiche Alternativen gestellt. Einem weiteren Teil der Befragten wurde dieser Hinweis nur auf explizite Aufforderung der Befragten gezeigt. Da sich das Antwortverhalten dieser zwei Versionen statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden die Ergebnisse hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

übernehmen sollte, die jenen Jugendlichen einen Ausbildungsort anbieten, die ein Jahr lang erfolglos eine Stelle gesucht haben. Zwei Drittel der Deutschen (66%) spricht sich für diesen Reformvorschlag aus.

Derzeit haben in Deutschland 16% der jungen Leute im Alter von 25 bis 35 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zwischen den einzelnen Bundesländern variiert dieser Anteil von 8% bis 25% (Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit 2013).⁴ Eine Teilgruppe der Befragten wurde vor Beantwortung der Frage über diese Anteile junger Personen ohne Berufsausbildung informiert. Auf das Antwortverhalten zur Frage nach der staatlichen Übernahme der Ausbildungskosten erfolglos Suchender hatte dies jedoch keine Auswirkung.

Weiterbildung

Lebenslanges Lernen ist in der sich immer schneller verändernden Arbeitswelt von großer Bedeutung. Um den sich

wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes gewachsen zu sein, sind Weiterbildungsmaßnahmen im Erwachsenenalter für Arbeitnehmer wichtig. Im ifo Bildungsbarometer 2015 haben wir die Meinung der Bevölkerung zu einer Maßnahme erfragt, die Arbeitnehmern die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung erleichtern soll.

Eine tarifliche Garantie für Weiterbildungsmaßnahmen, die sogenannte Bildungsteilzeit, war eine der wichtigsten Forderungen der diesjährigen Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und den Arbeitgeberverbänden. Diese ermöglicht es Arbeitnehmern, ihre Arbeitszeit bei einer Vollzeitstelle für eine berufliche Weiterbildung zu reduzieren, wobei sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die aufgrund der reduzierten Arbeitszeit entstandenen Kosten teilen. Nach Beendigung der Weiterbildung besteht – ähnlich wie bei der Elternzeit – ein Anspruch darauf, in Vollzeit zurückzukehren.

Eine Mehrheit von fast zwei Dritteln der Befragten (65%) spricht sich (sehr oder eher) für eine solche Bildungsteilzeit aus, nur ein kleiner Anteil (17%) ist (sehr oder eher) dagegen (vgl. Abb. 16). Im Einklang mit diesem Meinungsbild wurde die Bildungsteilzeit in diesem Jahr bundesweit in die Tarifverträge der IG Metall aufgenommen – allerdings ohne eine Verpflichtung der Arbeitgeber, die Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen anteilig zu übernehmen.

Studium

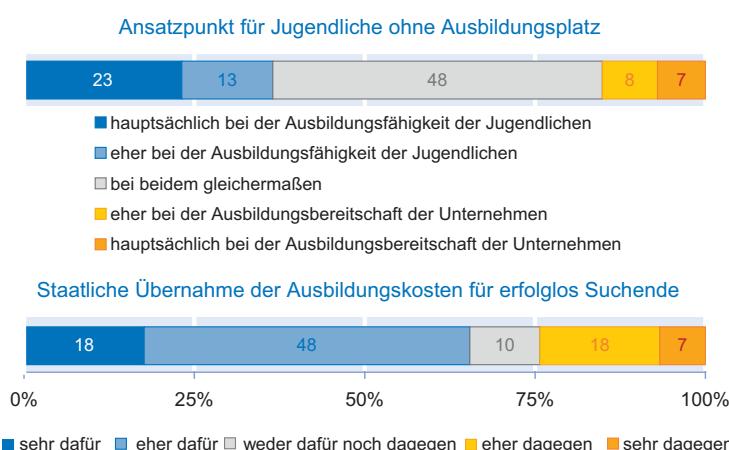
Schließlich hat das ifo Bildungsbarometer 2015 auch einige Fragen zum Hochschulstudium gestellt.

Studiengebühren

In den vergangenen Jahren wurden Studiengebühren an öffentlichen Universitäten und Hochschulen in Deutschland kontrovers diskutiert. Die Einführung von Gebühren von bis zu 500 Euro pro Semester in sieben deutschen Bundesländern ab dem Jahr 2005 wurde von Studierendenprotesten und Widerstand aus der Bevölkerung begleitet, was schließlich zur Wiederabschaffung in allen Bundesländern führte. Es zeigt sich jedoch, dass es in der Bevölkerung keine absolute Mehrheit für die Abschaffung von Studiengebühren gibt: Während sich 44% der Befragten dafür aussprechen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten

⁴ Der niedrigste Wert findet sich in Sachsen und Thüringen, der höchste in Bremen.

Abb. 15
Wie können mehr Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen?
Mehrheit für staatliche Finanzierung betrieblicher Ausbildung von erfolglos Suchenden



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Ansatzpunkt für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz^{a)} Viele junge Leute finden nach der Schule keinen Ausbildungsplatz. Wo müsste man am ehesten ansetzen, damit diese Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Staatliche Übernahme der Ausbildungskosten für erfolglos Suchende^{a)} Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernimmt, die jenen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten, die ein Jahr lang erfolglos einen Ausbildungsplatz gesucht haben?

^{a)} Die Fragen wurden jeweils einem Teil der Befragten mit zusätzlichen Hinweis auf die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze und unversorgten Bewerber bzw. den Anteil der jungen Leute ohne abgeschlossene Berufsausbildung gestellt. Da sich das Antwortverhalten jeweils statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

durch Studiengebühren tragen, sind 46% dagegen (vgl. Abb. 17). In der letztjährigen Befragung war das Meinungsbild – mit 40% Zustimmung und 47% Ablehnung – ähnlich. Wie im ersten ifo Bildungsbarometer ist die Zustimmung zu Studiengebühren unter Personen ohne Hochschulreife (47%) deutlich höher als unter Personen mit Hochschulreife (36%).

Informationen über die Durchschnittsverdienste von Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen verändern das Meinungsbild deutlich. Eine Teilgruppe der Befragten wurde darüber informiert, dass Personen mit einem abgeschlossenen Studium durchschnittlich etwa 2 450 Euro netto im Monat verdienen, während der Verdienst von Personen mit beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und von Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro beträgt (Datenquelle: Berechnung anhand des Mikrozensus 2012). In der so informierten

Teilgruppe sprechen sich 50% für Studiengebühren aus und nur 38% dagegen. Mit dieser Information spricht sich sogar eine absolute Mehrheit der Personen ohne Hochschulreife (56%) für Studiengebühren aus, unter Personen mit Hochschulreife sind es 38%.⁵

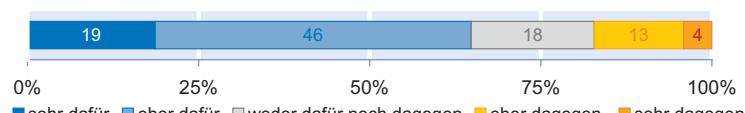
Nachgelagerte Studiengebühren sind eine alternative Form von Studiengebühren, die etwa in Australien und Großbritannien üblich ist. Diese Gebühren müssen erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden und nur dann, wenn das Einkommen der AbsolventInnen einen gewissen Schwellenwert übersteigt. Eine weitere Teilgruppe der Befragten haben wir gefragt, ob diese alternative Form von Studiengebühren auch in Deutschland eingeführt werden sollte. Obwohl diese Art von Studiengebühren in Deutschland bislang wenig diskutiert wurde, spricht sich ein deutliche Mehrheit der Bevölkerung dafür aus: 59% sind dafür, eine solche Regelung in Deutschland einzuführen, 30% sind dagegen. Für diese Art sozial verträglicher Studiengebühren gibt es in Deutschland also eine klare politische Mehrheit.⁶

⁵ Im letztjährigen ifo Bildungsbarometer wurde eine zufällig ausgewählte Teilgruppe darüber informiert, dass Personen mit abgeschlossenem Studium Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr verdienen als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Datenquelle: Berechnung anhand der PIAAC-Daten). Diese Information erhöhte die Zustimmung zu Studiengebühren auf 48%. Der signifikante Effekt von Informationen über Verdienstunterschiede zwischen Personen mit und ohne Hochschulstudium ist also nicht von der Art der Präsentation (absolute Einkommenswerte oder prozentuale Unterschiede) abhängig.

⁶ Im letzten Jahr wurde die Frage zu nachgelagerten Studiengebühren nicht anstatt der Frage zu herkömmlichen Studiengebühren, sondern nach dieser gestellt. Dabei hatten sich 62% für nachgelagerte Studiengebühren ausgesprochen, 34% dagegen.

Abb. 16

Wie ließe sich die berufliche Weiterbildung fördern?
Deutliche Mehrheit für Bildungsteilzeit



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

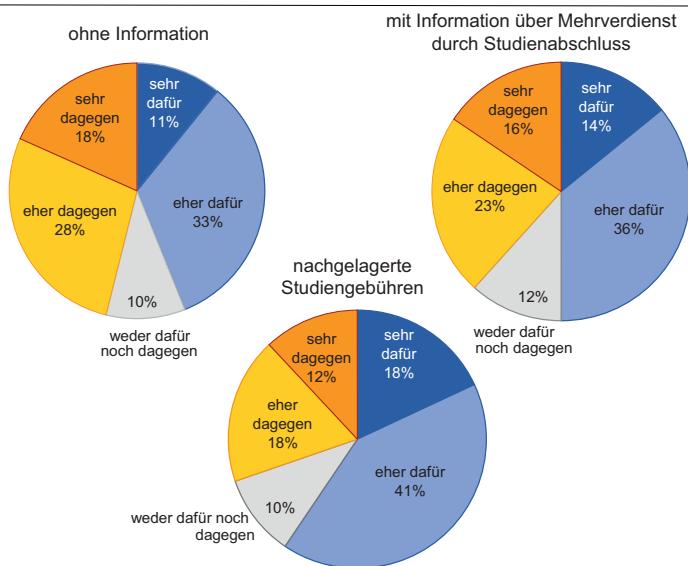
Sind Sie dafür oder dagegen, dass Arbeitnehmer einen tariflich geregelten Anspruch darauf haben, ihre Arbeitszeit für eine berufliche Weiterbildung zu reduzieren („Bildungsteilzeit“) und anschließend in Vollzeit zurückzukehren, wobei sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten der reduzierten Arbeitszeit teilen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 17

Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?

Deutsche sind nicht mehrheitlich gegen Studiengebühren – Gebühren, die erst nach dem Studium anfallen, fänden sogar deutliche Zustimmung

Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information [mit Information über Mehrverdienst durch Studienabschluss]
Nun kommen wir zum Studium. [Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen durchschnittlich etwa 2 450 Euro netto im Monat, Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

nachgelagerte Studiengebühren Nun kommen wir zum Studium. In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Zugang zu den Hochschulen

Um die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium zu verbessern, haben in den vergangenen Jahren alle Bundesländer ihre Hochschulen entsprechend den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (2009) für Studierende ohne Abitur oder Fachhochschulreife geöffnet. Zwischen 2009 und 2012 ist der Anteil der Studienanfänger ohne Abitur oder Fachhochschulreife von 1,5% auf 2,5% angestiegen (vgl. Duong und Püttmann 2014). Über ihre Meinung zur Anzahl der Personen mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung, die später ein Studium aufnehmen, befragt, ist die Mehrheit der Deutschen mit der derzeitigen Situation zufrieden: Knapp die Hälfte (48%) der Befragten denkt, dass die derzeitige Anzahl in etwa der richtigen Größenordnung entspricht (vgl. Abb. 18). Immerhin 38% finden, dass es zurzeit (viel oder eher) zu wenige sind, 14% sind der Meinung, es seien (viel oder eher) zu viele. Dies steht im Einklang mit dem Befund der letztjährigen Befragung, dass die Deutschen einer weiteren Erhöhung der Studierendenzahlen eher skeptisch gegenüberstehen.

Neben Studiengebühren ist die finanzielle Unterstützung von Studierenden ein zentrales Thema der Hochschulpolitik. In Deutschland regelt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) die staatliche Unterstützung von Studierenden. Dabei entscheidet unter anderem das Einkommen der Eltern, ob und in welcher Höhe die Förderung gewährt wird. Der Vorschlag, für alle Studierenden vom Elterneinkommen unabhängige BAföG-Leistungen einzuführen, wird von 47% der Befragten befürwortet, 45% sind dagegen. Eine Neuaustrichtung des BAföG vom derzeitigen Ziel, die Bildungschancen sozial schwacher Studierender zu erhöhen, hin zur Bereitstellung eines Grundeinkommens für alle Studierenden findet in der deutschen Bevölkerung also keine absolute Mehrheit.

Viele Experten gehen davon aus, dass der verstärkte Einsatz von digitalen Technologien die Hochschullandschaft grundlegend verändern wird. Nicht zuletzt das Aufkommen der Massive Open Online Courses (MOOCs) hat dieses Thema auf die Agenda gebracht. Gerade vor dem Hintergrund stetig steigender Studierendenzahlen an deutschen Universitäten wird die Frage diskutiert, inwiefern Studierende Vorlesungen von zu Hause aus online im Internet verfolgen könnten. Fast ein Viertel der Befragten (23%) ist aber der Meinung, dass keine »klassischen« Vorlesungen an Universitäten und Hochschulen durch

Online-Video-Vorlesungen ersetzt werden sollten. Lediglich 7% sprechen sich dafür aus, mehr als die Hälfte der klassischen Vorlesungen zu ersetzen. Entgegen des internationalen Trends einer verstärkten Digitalisierung der Hochschullehre zeigt sich in der deutschen Bevölkerung diesbezüglich nur geringe Unterstützung.

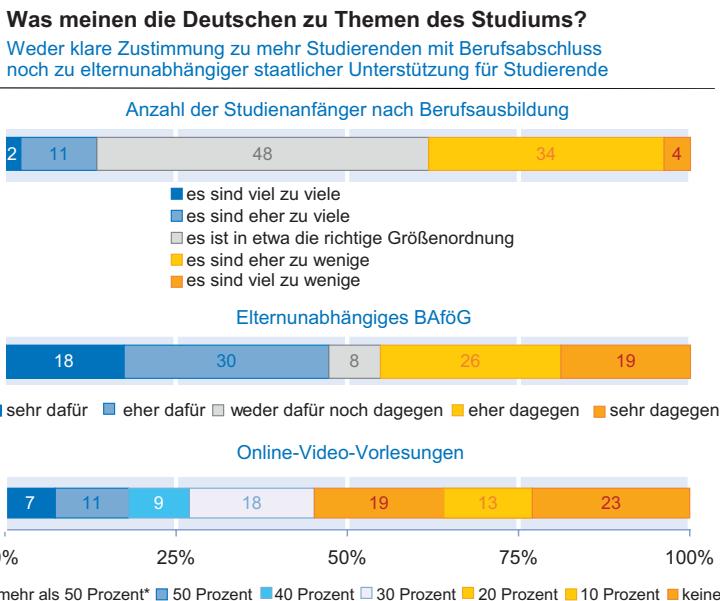
Bildungsphasenübergreifende Aspekte

Neben Themen in den einzelnen Bildungsphasen hat das ifo Bildungsbarometer 2015 schließlich auch wieder einige Fragen erhoben, die das Bildungssystem insgesamt betreffen.

Föderalismus in der Bildungspolitik

Die deutsche Bildungspolitik ist maßgeblich von der föderalen Struktur geprägt. Laut Grundgesetz ist die inhaltliche Gestaltung des Bildungssystems sowie dessen Finanzierung in Deutschland Sache der Bundesländer. Das sogenannte Kooperationsverbot verbietet dabei jegliche bil-

Abb. 18

**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

Anzahl der Studienanfänger nach Berufsausbildung Personen, die zunächst eine berufliche Ausbildung (Lehre) abgeschlossen haben, können unter bestimmten Umständen später ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität aufnehmen. Was denken Sie über die Anzahl der Personen mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung (Lehre) in Deutschland, die später ein Studium aufnehmen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Elternunabhängiges BAföG Das BAföG ist eine staatliche finanzielle Unterstützung für Studierende, die in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern gezahlt wird. Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Studierenden generell unabhängig vom Einkommen der Eltern vom Staat BAföG erhalten?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Online-Video-Vorlesungen Vorlesungen sind ein üblicher Bestandteil eines Studiums. Mittlerweile gibt es die Möglichkeit, dass Vorlesungen online im Internet gezeigt werden. Was meinen Sie, ungefähr welcher Anteil der „klassischen“ Vorlesungen an Universitäten und Hochschulen sollte durch Online-Video-Vorlesungen ersetzt werden?

* Die den Befragten zur Verfügung stehenden Antwortkategorien 60 Prozent, 70 Prozent, 80 Prozent, 90 Prozent und alle wurden hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

dungspolitische Initiative des Bundes sowie die dauerhafte Finanzierung bildungspolitischer Projekte durch den Bund. Ende letzten Jahres wurde dieses Kooperationsverbot im Hochschulbereich durch eine Grundgesetzänderung aufgehoben. Bei der Frage, ob das Kooperationsverbot auch im Schulbereich aufgehoben werden sollte, spricht sich die Mehrheit der Befragten (59%) für die Aufhebung aus, nur ein Fünftel (20%) ist dagegen (vgl. Abb. 19). Dies zeigt eine deutliche Präferenz der Deutschen für mehr Bildungsverantwortung auf Bundesebene.

Der Wunsch nach einer stärkeren Einbindung des Bundes spiegelt sich auch in der Meinung der Bevölkerung zur Finanzierung der Schulen wider. Dazu gaben die Befragten an, welcher Anteil der Finanzierung von allgemeinbildenden

Schulen ihrer Meinung nach jeweils von Bund, Ländern und Gemeinden übernommen werden sollte. Dabei zeigt sich wiederum, dass die Bevölkerung den Bund am stärksten in der Pflicht sieht: Durchschnittlich sind die Deutschen der Meinung, dass der Bund 48% der Finanzierung übernehmen sollte, die Bundesländer 33% und die Gemeinden 18%. Die präferierte Aufteilung zwischen Bund und Ländern steht damit im deutlichen Kontrast zur tatsächlichen derzeitigen Finanzierungsstruktur im Schulbereich: In den aktuellsten Daten für 2011 hat der Bund nur gut 3% der öffentlichen Ausgaben für Schulen übernommen, die Länder 79% und die Gemeinden knapp 18%, wobei die Bundesausgaben nach dem Auslaufen temporärer Programme seither sogar weitgehend entfallen sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2014).

Ausgaben für unterschiedliche Bildungsbereiche

Wie im ersten ifo Bildungsbarometer 2014 gehen wir auch in diesem Jahr der Frage nach, welchem Bildungsbereich am ehesten zusätzliche staatliche Bildungsausgaben zu kommen sollten. Dazu konnten die Befragten angeben, welcher Bereich ihrer Meinung nach von einer Erhöhung staatlicher Bildungsausgaben profitieren sollte, wenn es nur einer sein könnte. Am häufigsten nennen die Befragten mit 41% die weiterführenden Schulen, gefolgt von Grundschulen mit 30% (vgl. Abb. 20). Dass die zusätzlichen Ausgaben in erster Linie im Bereich der fröhkindlichen Bildung anfallen sollten, meinen hingegen nur 15%, im Bereich der Berufsschulen und Hochschulen sind es mit 9% bzw.

6% noch weniger. Im Vergleich zur letztjährigen Befragung hat sich die Zustimmung für die weiterführenden Schulen deutlich erhöht, die für den fröhkindlichen Bereich deutlich verringert.⁷

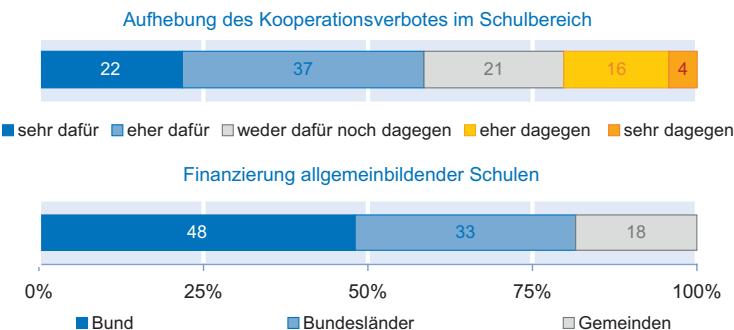
Eine Teilgruppe der Befragten wurde zunächst darüber informiert, dass zahlreiche Studien zeigen, dass Ausgaben im fröhkindlichen Bildungsbereich einen stärkeren positiven Einfluss auf den zukünftigen Wohlstand der Gesellschaft haben als Ausgaben in späteren Bildungsbereichen. Unter den so Informierten verschieben sich die Anteile deutlich zugunsten der frühen Bildungsbereiche: Der Anteil der Befürworter

⁷ Allerdings wurden die Befragten im Vorjahr nicht einleitend darauf hingewiesen, dass zahlreiche Studien zeigen, dass Bildung wichtig für den zukünftigen Wohlstand der Gesellschaft ist, was sich möglicherweise auch auf das Antwortverhalten auswirken könnte.

Abb. 19

Welche Rolle sollte der Bund in der Bildungspolitik spielen?

Klarer Wunsch nach größerer Beteiligung des Bundes

**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**

Aufhebung des Kooperationsverbotes im Schulbereich Laut Grundgesetz ist Bildung in Deutschland Ländersache. Dem Bund sind bildungspolitische Initiativen sowie Finanzhilfen im Bildungsbereich untersagt. Diese oft als „Kooperationsverbot“ bezeichnete Regelung wurde im letzten Jahr für den Hochschulbereich aufgehoben. Sind Sie dafür oder dagegen, dass das Kooperationsverbot auch im Schulbereich aufgehoben wird?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Finanzierung allgemeinbildender Schulen Welcher Anteil der Finanzierung für allgemeinbildende Schulen sollte Ihrer Meinung nach von den verschiedenen staatlichen Ebenen kommen? Ihre Angaben sollten insgesamt 100 Prozent ergeben.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

von zusätzlichen Ausgaben im fröhkindlichen Bereich ist mit 31% mehr als doppelt so hoch wie in der Teilgruppe, die keine Information erhielt. Auch für Ausgaben im Grundschulbereich ist die Zustimmung um 5 Prozentpunkte höher. Dafür sinkt die Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen für spätere Bildungsbereiche, insbesondere liegt die Zustimmung für weiterführende Schulen bei nur mehr 26%. Eine weitere Teilgruppe wurde zusätzlich darüber informiert, dass die staatlichen Ausgaben pro Kind im fröhkindlichen Bildungsbereich in Deutschland unter dem EU-Durchschnitt liegen, im Hochschulbereich darüber. Dies hatte aber keinen zusätzlichen Einfluss auf das Antwortverhalten.

Gewünschte Bildungsabschlüsse

Die duale Berufsausbildung nimmt im deutschen Bildungssystem eine zentrale Rolle ein. So haben 55% der deutschen Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren einen beruflichen Bildungsabschluss im höheren Sekundarbereich, im Durchschnitt der OECD-Länder sind dies nur 33% (vgl. OECD 2014). Demgegenüber haben in Deutschland 28% einen Hochschulabschluss, im Vergleich zu 33% im Durchschnitt der OECD-Länder. Diese strukturellen Unterschiede werfen die Frage auf, welche Bildungsabschlüsse sich die Deutschen für ihre Kinder wünschen. Um diese Frage zu beantworten, sollten die Befragten angeben, wie stark bestimmte Bildungsabschlüsse ihrer persönlichen Idealvorstellung für ihr Kind entsprechen würden – und

zwar unabhängig davon, ob sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird.

Auf einer Skala von 1 (»überhaupt nicht«) bis 5 (»voll und ganz«) kommen alle drei vorgeschlagenen Abschlüsse – »Beruflicher Ausbildungsabschluss (Lehre)«, »Berufliche Ausbildung mit anschließendem Hochschulabschluss« und »Hochschulabschluss« – für eine deutliche Mehrheit der Deutschen in Frage (Bewertung mit 4 oder 5). Für jeweils 62% entspricht ein Abschluss einer Berufsausbildung ohne bzw. mit anschließendem Hochschulabschluss der Idealvorstellung, beim Hochschulabschluss liegt dieser Wert mit 56% etwas niedriger (vgl. Abb. 21).

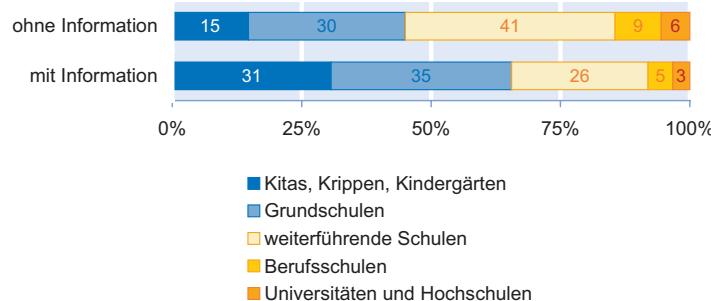
Ein Hochschulstudium zahlt sich in Deutschland deutlich aus: Die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen beträgt in etwa 2,5%, während 5% der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und sogar 19% derjenigen ohne Berufsbildungsabschluss arbeitslos sind (Datenquelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2013).

Wie bereits berichtet, liegt auch der Durchschnittsverdienst für HochschulabsolventInnen mit 2 450 Euro netto im Monat deutlich über dem Verdienst von Personen mit Berufsausbildung (1 850 Euro) und Personen ohne Ausbildungsabschluss (1 400 Euro). In zwei Teilgruppen der Befragten, die entweder über die Arbeitslosen- oder über die Verdienstzahlen informiert wurden, ist das Meinungsbild sehr ähnlich zur Teilgruppe, die die Frage ohne weitere Information beantwortet hat. Informationen über den Arbeitsmarkterfolg nach Bildungsabschlüssen scheinen sich also nicht darauf auszuwirken, welche Bildungsabschlüsse sich die Deutschen für ihre Kinder wünschen.

Wie unterscheiden sich Eltern von der sonstigen Bevölkerung?

Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Frage gelegt, inwiefern sich die Meinungen von Eltern mit Kindern im schulpflichtigen Alter von der sonstigen Bevölkerung unterscheiden. Schließlich sind es die Eltern, die durch außerschulische Förderung, Vermittlung bildungsrelevanter Werte und Bildungsentscheidungen maßgeblich zum Bildungserfolg ihrer Kinder beitragen. Darüber hinaus haben Eltern zum Teil Möglichkeiten, die Bildungsinstitutionen mitzugestalten, etwa durch das Engagement in Gremien. Um einen repräsentativen Vergleich zwischen den bildungspolitischen Mei-

Abb. 20
Welcher Bildungsbereich sollte von zusätzlichen Geldern profitieren?
 Information über Vorteile der fröhkindlichen Bildung erhöht Zustimmung zu Ausgaben für Kitas, Krippen und Kindergärten



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

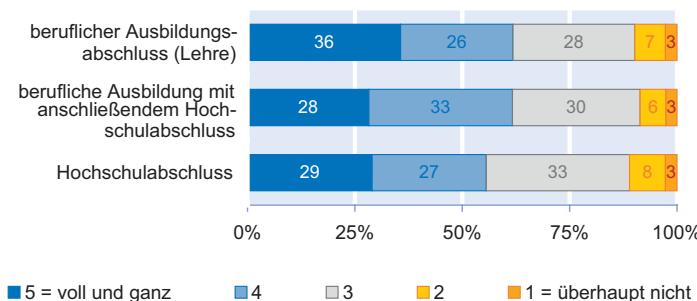
ohne Information Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildung wichtig für den zukünftigen Wohlstand der Gesellschaft ist. Stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?

mit Information^{a)} Zahlreiche Studien zeigen, dass Ausgaben im fröhkindlichen Bildungsbereich einen stärkeren positiven Einfluss auf den zukünftigen Wohlstand der Gesellschaft haben als Ausgaben in späteren Bildungsbereichen. Stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?

^{a)} Ein Teil der Befragten erhielt den zusätzlichen Hinweis, dass in Deutschland die staatlichen Ausgaben pro Kind im fröhkindlichen Bereich unter dem EU-Durchschnitt liegen, im Hochschulbereich darüber. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version „mit Information“ unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Abb. 21
Welchen Bildungsabschluss streben die Deutschen für ihre Kinder an?
 Sowohl Lehre als auch Hochschulstudium werden als erstrebenswert angesehen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage^{a)}:

Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Wie stark würden die folgenden Bildungsabschlüsse Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?

^{a)} Die Ergebnisse dieser Fragen beziehen sich auf die deutsche Bevölkerung mit privater Internetnutzung, da es hier nicht möglich war, die Bevölkerung ohne private Internetnutzung einzubeziehen.

Jeweils einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf Arbeitslosenquoten bzw. Durchschnittsverdienstzahlen nach Bildungsabschlüssen gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

nungen von Eltern schulpflichtiger Kinder und der restlichen Bevölkerung ziehen zu können, wurden im Zuge des diesjährigen ifo Bildungsbarometers zusätzlich zur repräsentativen Grundstichprobe über 1 000 Eltern von Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren befragt (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Deshalb ist es uns nun möglich, im Folgenden das Meinungsbild der Eltern mit Kindern im Alter bis einschließlich 18 Jahren – hier kurz als »Eltern« bezeichnet – mit dem Meinungsbild der Personen ohne Kinder in dieser Altersgruppe zu vergleichen.⁸

Insgesamt fallen die Meinungsunterschiede zwischen Eltern und der restlichen Bevölkerung erstaunlich gering aus. Bei der Mehrzahl der Fragen unterscheiden sich die Meinungen der Eltern junger Kinder nicht signifikant von den Meinungen der Personen ohne junge Kinder. Bemerkenswert ist, dass sich selbst in einigen Bereichen, die Eltern unmittelbar betreffen, keine signifikanten Unterschiede im Meinungsbild finden. So sind sich Eltern und die restliche Bevölkerung beispielsweise bei den Fragen einig, welche Aufgaben in der Grundschulzeit von der Schule bzw. den Eltern übernommen werden sollen (vgl. Abb. 5)⁹ und welche Kompetenzen für die Zukunft von SchülerInnen wichtig sind (vgl. Abb. 6). Interessanterweise unterscheiden sich Eltern und die sonstige Bevölkerung auch nicht signifikant bei der Frage, wie über die weiterführende Schulart eines Kindes entschieden werden sollte (vgl. Abb. 8): In beiden Gruppen ist eine absolute Mehrheit dafür, dass Schulnoten – und nicht die Eltern selbst – entscheiden. Auch die persönlichen Idealvorstellungen über den Bildungsabschluss des Kindes unterscheiden sich

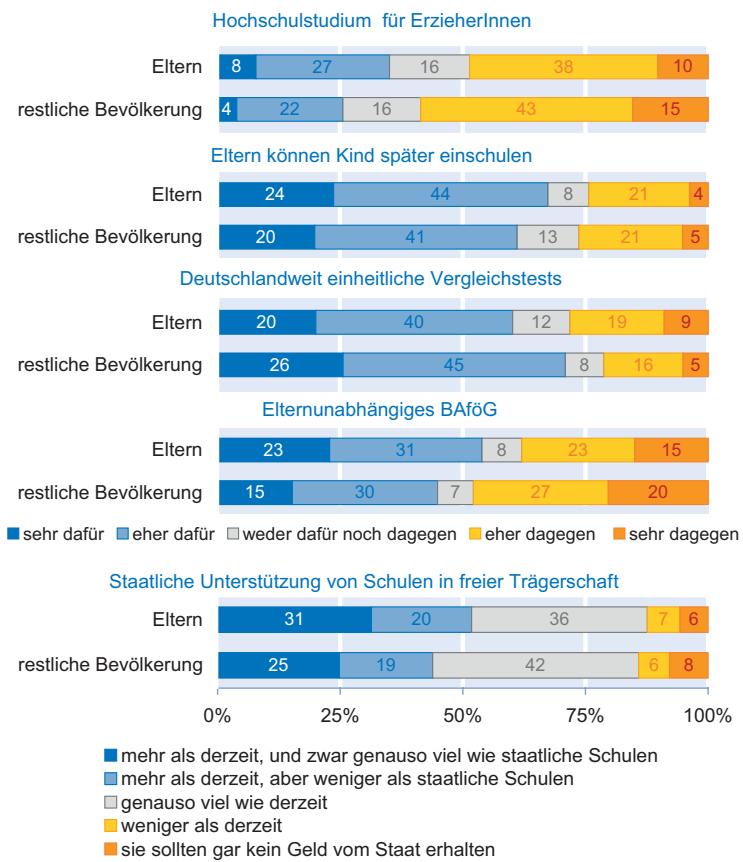
⁸ »Eltern« sind im Folgenden also die Eltern von Kindern im Alter bis einschließlich 18 Jahren in der Grundstichprobe sowie die in diesem Jahr zusätzlich befragten Personen mit Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren. Dies sind insgesamt 2 057 Eltern, im Vergleich zu 2 010 Personen ohne Kinder im entsprechenden Alter. An den berichteten Ergebnissen ändert sich kaum etwas, wenn man stattdessen beispielsweise Eltern schulpflichtiger Kinder (im Alter von sechs bis 15 Jahren) mit Personen ohne Kinder im Alter von unter 25 Jahren vergleicht.

⁹ Einzige Ausnahme ist die Kategorie »Nachmittagsaktivitäten wie Musik, Sport oder Theater«, bei der sich Eltern selbst stärker in der Pflicht sehen als die restliche Bevölkerung.

Abb. 22

Sind Eltern anderer Meinung?

Ausgewählte Themen, bei denen sich Eltern von der restlichen Bevölkerung unterscheiden

Anmerkungen:

Eltern: Personen mit Kindern im Alter bis 18 Jahren.

Restliche Bevölkerung: Personen ohne Kinder in dieser Altersgruppe.

Für den jeweiligen Fragebogen siehe Abb. 4, 8, 12, 18 und 10. Die Frage zu deutschlandweit einheitlichen Vergleichstests bezieht sich hier auf die Teilgruppe ohne Information.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

nicht signifikant zwischen Eltern und der restlichen Bevölkerung (vgl. Abb. 21).¹⁰

In einigen Bereichen unterscheiden sich die Meinungen der Eltern aber auch deutlich von der sonstigen Bevölkerung. So sind etwa 35% der Eltern (sehr oder eher) dafür, dass ErzieherInnen in frühkindlichen Einrichtungen ein Hochschulstudium absolviert haben müssen, 9 Prozentpunkte mehr als in der restlichen Bevölkerung (vgl. Abb. 22). Hingegen spricht sich eine absolute Mehrheit (59%) der sonstigen Bevölkerung gegen diesen Reformvorschlag aus, bei Eltern sind es nur 49%. Ein etwas größerer Anteil der Eltern wünscht sich auch Entscheidungsfreiheit darüber, wann ihr

¹⁰ Mit Informationen über den Durchschnittsverdienst bzw. die Arbeitslosenquote von Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen entsprechen die Optionen »Berufliche Ausbildung mit anschließendem Hochschulstudium« und »Hochschulabschluss« eher den Idealvorstellungen von Eltern als der restlichen Bevölkerung.

Kind eingeschult wird: Über zwei Drittel (67%) sind (sehr oder eher) dafür, dass Eltern grundsätzlich entscheiden dürfen, dass ihr Kind entgegen der Stichtagsregelung später eingeschult wird, unter den sonstigen Befragten sind es 61%. Mehr Eltern sprechen sich auch für eine Entscheidungsfreiheit bei der Grundschulwahl aus: 67% der Eltern und 62% der restlichen Bevölkerung sind für eine Aufhebung der Sprengelpflicht.

Unter den Eltern ist die absolute Mehrheit (52%) für eine Erhöhung der staatlichen Mittel für Schulen in freier Trägerschaft (vgl. Abb. 22). In der restlichen Bevölkerung sind nur 44% dieser Meinung. Während sich 60% der Eltern (sehr oder eher) dafür aussprechen, Klassenarbeiten in bestimmten Jahrgangsstufen durch deutschlandweit einheitliche Vergleichstests zu ersetzen, ist die Zustimmung in der restlichen Bevölkerung mit 71% deutlich höher.¹¹ Weitere Unterschiede ergeben sich bei der Zustimmung zur Einführung von Ganztagschulen bis 15 Uhr, die 55% der Eltern und 63% der restlichen Bevölkerung befürworten. 37% der Eltern, aber 42% der restlichen Bevölkerung finden, dass die Anzahl von SchülerInnen mit Behinderung, die in Regelschulen unterrichtet werden, steigen sollte. Während 59% der Eltern finden, dass höchstens 20% der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen für selbständige Computerarbeit verwendet werden sollte, sind es unter den restlichen Befragten nur etwa 50%.

Insgesamt bewerten Eltern die Schulen auf Bundes- und Landesebene etwas schlechter als die restliche Bevölkerung. Während nur 25% bzw. 33% der Eltern die Schulen in ganz Deutschland bzw. ihrem Bundesland mit einer der beiden Bestnoten bewerten, sind es in der restlichen Bevölkerung 29% bzw. 39%. Dazu passt, dass die überwältigende Mehrheit der Eltern (85%) sich höhere staatliche Ausgaben für Schulen wünscht (vgl. Abb. 23). Die Zustimmung in der restlichen Bevölkerung fällt mit 75% etwas geringer aus. Dieser Unterschied besteht allerdings nicht in jener Teilgruppe der Befragten, die über die Bildungsausgaben pro SchülerIn in ihrem Bundesland informiert wurde.

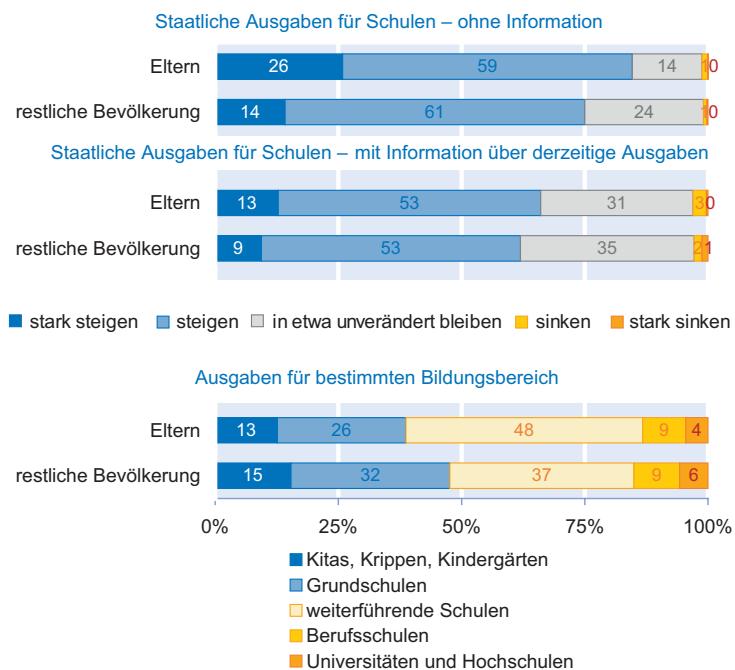
Auch bei der Frage, welcher Bildungsbereich von zusätzlichen Geldern profitieren sollte, ergeben sich deutliche Un-

¹¹ An diesem Meinungsbild ändert sich auch nichts in der Teilgruppe der Befragten, die darüber informiert wird, dass derartige Tests in anderen Ländern üblich sind und zum Vergleich von einzelnen Schulen herangezogen werden. In der Teilgruppe, in der der Vergleich einzelner Schulen nicht erwähnt wurde, unterscheiden sich Eltern jedoch nicht von der restlichen Bevölkerung.

Abb. 23

Sind Eltern eher für höhere Bildungsausgaben?

Eltern wollen mehr Geld für Schulen – Ausgaben für weiterführende Schulen besonders wichtig



Anmerkungen:

Eltern: Personen mit Kindern im Alter bis 18 Jahren.

Restliche Bevölkerung: Personen ohne Kinder in dieser Altersgruppe.

Für den jeweiligen Fragetext siehe Abb. 14 und 20. Die Frage zu Ausgaben für bestimmten Bildungsbereich bezieht sich hier auf die Teilgruppe ohne Information.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

terschiede: Der Großteil der Eltern (48%) wünscht sich, dass zusätzliche Mittel in weiterführende Schulen investiert werden. Dieser Anteil ist unter den restlichen Befragten mit 37% signifikant niedriger. Gleichzeitig sind nur 26% der Eltern dafür, dass Mehrausgaben dem Grundschulbereich zugutekommen, unter den sonstigen Befragten sind es 32%. Unter den Eltern gibt es auch eine absolute Mehrheit (54%) für die Einführung von vom Elterneinkommen unabhängigen BAföG-Leistungen, fast ein Viertel (23%) ist sogar sehr dafür (vgl. Abb. 22). Hingegen findet sich für diesen Reformvorschlag keine absolute Mehrheit in der sonstigen Bevölkerung (45% dafür, 48% dagegen).

Insgesamt zeigt sich aber, dass sich die bildungspolitischen Meinungen der Eltern in vielen Bereichen mit denen der restlichen Bevölkerung decken. Unterschiede sind vor allem bei jenen Fragen festzustellen, die Eltern unmittelbar betreffen – wie etwa bei der Entscheidungsfreiheit, wann ihr Kind eingeschult wird, oder der Gewährung von BAföG-Leistungen unabhängig vom Elterneinkommen. In den meisten anderen Bereichen gibt es aber keine grundlegenden Unterschiede in den bildungspolitischen Meinungen von Eltern junger Kinder und der restlichen Bevölkerung.

Parteipositionen und Parteipräferenzen

Eine weitere Besonderheit des diesjährigen ifo Bildungsbarometers besteht darin, dass ein Teil der Befragten vor Beantwortung bestimmter Fragen einen Hinweis auf die Positionen der größten deutschen Parteien zu dem jeweiligen Thema erhielt. So wurde einer jeweils zufällig ausgewählten Teilgruppe bei den Fragen zum Betreuungsgeld, zum elternunabhängigen BAföG und zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich (vgl. Abb. 4, 18 und 19) zusätzlich die jeweilige Position von CDU/CSU, SPD, Linke, Grünen, AfD und FDP zu dem jeweiligen Thema mitgeteilt.¹² So können wir untersuchen, inwiefern sich Befragte mit unterschiedlichen Parteipräferenzen bei ihrer Meinungsbildung an Parteipositionen orientieren. Dabei unterscheiden wir zwischen Parteien, die für bzw. gegen den jeweiligen Reformvorschlag sind und jenen, die neutral sind. Zur Bestimmung der individuellen Parteipräferenzen haben wir allen Befragten unabhängig von dieser Informationsbereitstellung am Ende der Befragung folgende Frage gestellt: »Viele Menschen in Deutschland tendieren langfristig zu einer bestimmten politischen Partei, selbst wenn sie gelegentlich auch eine andere Partei wählen. Mit welcher Partei sympathisieren Sie im Allgemeinen?«

Zum Zeitpunkt der Befragung haben sich CDU/CSU tendenziell für das Betreuungsgeld ausgesprochen, SPD, Linke, Grüne und AfD tendenziell dagegen, die FDP war eher neutral. Interessanterweise spricht sich ohne Bereitstellung dieser Parteiinformation auch unter den CDU/CSU-Anhängern eine absolute Mehrheit (57%) gegen das Betreuungsgeld aus (vgl. Abb. 24). Die Bereitstellung der Parteiinformation bewirkt nun, dass Befragte, die im Allgemeinen CDU/CSU wählen, das Betreuungsgeld signifikant mehr unterstützen (42%) als die CDU/CSU-WählerInnen in der Teilgruppe, die nicht über die Parteiposition informiert wurde (34%). Für die WählerInnen der anderen Parteien und die NichtwählerInnen änderte der Hinweis auf die Parteipositionen hingegen die Meinungen zum Betreuungsgeld nicht.

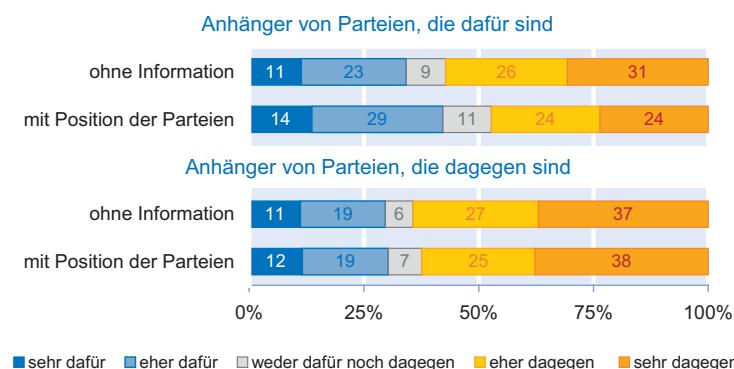
Linke, Grüne und FDP haben sich tendenziell dafür ausgesprochen, BAföG-Leistungen unabhängig vom Einkommen der Eltern zu zahlen, wohingegen CDU/CSU und AfD tendenziell dagegen sind und die Position der SPD eher neutral ist. Für Anhänger der Parteien, die diesen Reformvor-

¹² Die jeweiligen Positionen wurden uns freundlicherweise von den Parteien mitgeteilt oder konnten aus den Parteiprogrammen entnommen werden.

Abb. 24

Ändern die Deutschen ihre Meinung zum Betreuungsgeld, wenn sie die Positionen der Parteien erfahren?

Ablehnung der CDU/CSU-Anhänger sinkt durch Parteiinformation



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information [mit Position der Parteien] Der Staat zahlt Eltern, die ihre Kinder im Alter von 2 bis 3 Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld. [CDU/CSU haben sich tendenziell für das Betreuungsgeld ausgesprochen, SPD, LINKE, Grüne und AfD tendenziell dagegen, die FDP ist eher neutral.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

schlag ablehnen (CDU/CSU- und AfD-WählerInnen) ist die Zustimmung zu elternunabhängigen BAföG-Leistungen mit Information über die Parteipositionen signifikant niedriger (43%) als ohne Information (51%) (vgl. Abb. 25). Unter den Anhängern der Parteien, die den Reformvorschlag befürworten oder neutral sehen, hat die Parteiinformation hingegen keine signifikante Auswirkung.

Ein weiteres politisches Thema, die Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich, wird von SPD, Linken und Grünen unterstützt. Die CDU/CSU und die FDP haben sich hingegen tendenziell dagegen ausgesprochen, die AfD hat sich nicht festgelegt. Auch hier sehen wir einen leichten Rückgang der Zustimmung unter den Anhängern der Parteien, die diesen Reformvorschlag ablehnen (CDU/CSU- und FDP-WählerInnen), wenn diese über die Parteipositionen informiert werden (58% Zustimmung ohne Information und 56% mit Information), wobei dieser Unterschied allerdings statistisch nicht signifikant ist.

Insgesamt zeigt sich, dass Informationen über Parteipositionen die Meinung der Befragten im Allgemeinen durchaus verändern können. Interessanterweise unterscheiden

sich bei den hier betrachteten Themen ohne Bereitstellung der Parteiinformationen die Meinungen der Anhänger der befürwortenden und ablehnenden Parteien im Durchschnitt gar nicht so stark voneinander. Über die unterschiedlichen Parteipositionen informiert, orientieren sich vor allem Befragte im konservativen Parteispektrum aber deutlich stärker an der Position ihrer Partei.

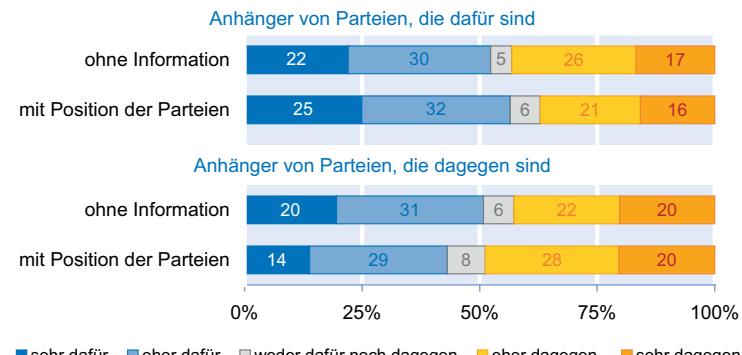
Keine Effekte der Bereitstellung regionaler Informationen

Sowohl im ersten ifo Bildungsbarometer 2014 als auch in diesem Jahr zeigt sich deutlich, dass die Bereitstellung relevanter Informationen die Meinung der deutschen Bevölkerung verändern kann. So ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede im Meinungsbild zu bestimmten Themen, wenn die Frage um einen Hinweis auf die aktuelle Situation in Deutschland ergänzt wird. In diesem Jahr haben wir die Befragten bei einigen Fragen zudem gezielt über die Situation in ihrem jeweiligen Bundesland oder in ihrem Kreis bzw. ihrer kreisfreien Stadt informiert. Damit ist es erstmals möglich zu vergleichen, ob die Deutschen Informationshinweise anders bewerten, wenn diese auf regionaler Ebene statt für ganz Deutschland gelten.

Abb. 25

Beeinflussen Parteipositionen die Meinungen zum elternunabhängigen BAföG?

Parteipositionen verstärken Meinungsunterschiede ihrer WählerInnen



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt Frage:

ohne Information [mit Position der Parteien] Das BAföG ist eine staatliche finanzielle Unterstützung für Studierende, die in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern gezahlt wird. [Grüne, LINKE und FDP haben sich tendenziell dafür ausgesprochen, das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern zu zahlen, CDU/CSU und AfD sind tendenziell dagegen, die Position der SPD ist eher neutral.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass alle Studierenden generell unabhängig vom Einkommen der Eltern vom Staat BAföG erhalten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015.

Dafür wurden die Befragten bei insgesamt fünf Fragen jeweils zufällig auf drei Teilgruppen aufgeteilt. Die erste Teilgruppe erhielt keine besondere Information. Die zweite Teilgruppe wurde über die Situation in Deutschland insgesamt informiert. Die dritte Teilgruppe wurde zusätzlich über die Situation in ihrer Region informiert. So beantworteten Befragte in der ersten Teilgruppe z.B. die Frage zur Entwicklung des Anteils von SchülerInnen mit Behinderung, die in Regelschulen unterrichtet werden, ohne weitere Information. Befragte in der zweiten Teilgruppe wurden darüber informiert, dass in Deutschland derzeit 28% der SchülerInnen mit Behinderung oder Lernschwäche in Regelschulen unterrichtet werden und die Werte der einzelnen Bundesländer von 15% bis 63% reichen (vgl. Abb. 11). Die dritte Teilgruppe erhielt zusätzlich die Information, welcher Anteil in ihrem jeweiligen Bundesland derzeit die Regelschule besucht. Bemerkenswerterweise unterscheidet sich die Meinung dieser Teilgruppe nicht in signifikanter Weise von der zweiten Teilgruppe, die lediglich Informationen über die generelle Situation in Deutschland erhielt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, ob der Staat die Ausbildungskosten für Jugendliche übernehmen sollte, die ein Jahr lang erfolglos eine Stelle gesucht haben (vgl. Abb. 15). Auch in diesem Fall unterscheidet sich das Antwortverhalten in der Teilgruppe, die zusätzlich zum durchschnittlichen Wert in Deutschland erfährt, welcher Anteil der jüngeren Menschen im Bundesland der Befragten keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, nicht in signifikanter Weise. Zudem besteht in der dritten Teilgruppe kein Unterschied zwischen dem Meinungsbild derjenigen Personen, deren Bundesländer beim Anteil der jüngeren Menschen ohne Berufsausbildung über dem Durchschnitt liegen, und dem Meinungsbild derer, deren Bundesländer darunter fallen.

In ähnlicher Weise wurde bei drei weiteren Fragen – zur Elternwahl des Einschulungsalters, zur Entwicklung der Abiturientenzahlen und zur Verantwortung für die Ausbildungsplatzvermittlung (vgl. Abb. 8, 11 und 15) – ein Teil der Befragten über die Situation in ihrem jeweiligen Landkreis bzw. ihrer kreisfreien Stadt informiert. Wie bei den bundeslandspezifischen Informationen wurden auch hier zufällig drei Teilgruppen gebildet: Die erste Teilgruppe erhielt die Frage ohne weitere Informationen, die zweite Teilgruppe wurde über den Bundesdurchschnitt sowie den niedrigsten und höchsten Wert auf Kreisebene informiert und die dritte Teilgruppe erhielt zusätzlich Informationen zur Situation in ihrem jeweiligen Kreis. So wurde etwa bei der Frage, ob die Eltern das Einschulungsalter bestimmen können sollten, die zweite Teilgruppe darüber informiert, dass in Deutschland im letzten Jahr 7% der Kinder später eingeschult wurden und die Werte in den einzelnen Kreisen von weniger als 1% bis 21% reichen. In der dritten Teilgruppe erschien für Befragte z.B. in Bad Homburg zusätzlich der Hinweis, dass in ihrem Landkreis im letzten Jahr 7% der Kinder später eingeschult worden sind.

Auch im Fall der Landkreisinformationen unterscheiden sich die Antworten der Befragten mit Bereitstellung der regional-spezifischen Informationen nicht von den Antworten derjenigen, die lediglich über den Durchschnitt und den kleinsten und größten Wert in Deutschland informiert wurden. So beeinflusst die Landkreisinformation über den Anteil später eingeschulter Kinder nicht die Meinungen zur Elternentscheidung bei der späteren Einschulung. Ebenso haben Informationen über den Anteil der Schulabsolventen, die in dem jeweiligen Kreis das Abitur abgelegt haben, keinen zusätzlichen Effekt auf die Meinung der Bevölkerung zur Anzahl der Abiturienten. Und Informationen über die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze sowie der unversorgten Bewerber im jeweiligen Kreis beeinflussen die Meinung zum Ansatzpunkt bei der Ausbildungsplatzvermittlung nicht. Ob die bereitgestellte Information auf Kreisebene über oder unter dem Bundesdurchschnitt liegt, hat auch hier keinen Einfluss auf das Antwortverhalten.

Ein Grund dafür, dass die Bereitstellung regionalspezifischer Informationen keinen Effekt auf das Meinungsbild der Deutschen hat, könnte darin bestehen, dass die Befragten bereits recht gut über die Lage vor Ort informiert sind. Diese Hypothese kann im Rahmen des diesjährigen Fragebogen-designs nicht abschließend bewertet werden.

Zusammenfassung

Das ifo Bildungsbarometer 2015 belegt, dass die deutsche Bevölkerung derzeit in vielen Bildungsbereichen eine hohe Reformbereitschaft aufweist. Es zeigt nicht weniger als zehn bildungspolitische Themen, bei denen die Mehrheit der Deutschen grundlegende Bildungsreformen befürworten: gebührenfreie Kindergärten, bundesweite Qualitätsstandards für Kindergärten, Abschaffung des Betreuungsgeldes, Abschaffung der Sprengelpflicht für Grundschulen, Ganztagsschulsystem, bundesweite Vergleichstests in den Schulen, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen in allen Schulabschlüssen, Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Schulbereich, staatliche Übernahme der Ausbildungskosten bei erfolglos Suchenden und nachgelagerte Studiengebühren. Auch für höhere Gehälter für ErzieherInnen, höhere Ausgaben für Schulen und Entscheidung der weiterführenden Schularbeit durch Schulnoten gibt es deutliche Mehrheiten.

Die Veränderungsbereitschaft kann auch durch Informationen verstärkt werden. So hatte es in einigen Fällen einen signifikanten Effekt auf die zum Ausdruck gebrachten Meinungen, wenn wir einer Teilgruppe der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt haben. Beispielsweise wirkt sich die Information, dass zahlreiche Studien positive Effekte frühkindlicher Bildung gezeigt haben, deutlich auf die Zustimmung zu gebührenfreien Kindergärten und zu

zusätzlichen Ausgaben in frühen anstatt späteren Bildungsphasen aus. Auch Informationen über die derzeitige Situation in Deutschland haben Auswirkungen: So erhöht der Hinweis auf die schwache Stellung deutscher SchülerInnen im internationalen Vergleich die Zustimmung zum Computer Einsatz im Unterricht. Der Hinweis auf das derzeitige Niveau der Bildungsausgaben verringert die Bereitschaft zu zusätzlichen Ausgaben im Schulbereich. Und die Information über den Verdienst von Personen mit und ohne Hochschulstudium erhöht die Zustimmung zu Studiengebühren. Alternative Gestaltungen spezifischer Bildungsreformen beeinflussen ebenfalls das Meinungsbild: So erhöht sich die Zustimmung für Studiengebühren deutlich, wenn sie in nachgelagerter Form erhoben werden. Die Zustimmung zu einem Ganztagschulsystem sinkt, wenn die Dauer der Schulzeit nicht bis 15 oder 16 Uhr, sondern bis 17 Uhr geht. Schließlich ändert sich in einigen Fällen die Meinung der Befragten auch, wenn sie über die Position ihrer präferierten Partei zu dem jeweiligen Thema informiert werden.

Andererseits haben wir aber auch zahlreiche Fälle gesehen, in denen bereitgestellte Informationen die Meinungen der Bevölkerung nicht signifikant verändert haben.¹³ Dies gilt ganz besonders für die Bereitstellung regionalspezifischer Informationen, also Fälle, in denen die Befragten über die konkrete Situation in ihrem jeweiligen Bundesland oder sogar in ihrem jeweiligen Landkreis bzw. ihrer kreisfreien Stadt im nationalen Vergleich hingewiesen werden. In keinem der von uns untersuchten Fälle hat eine solche regionalspezifische Information das Meinungsbild der Befragten in signifikanter Weise verändert.

Schließlich haben wir auch Ähnlichkeiten und Unterschiede im Meinungsbild von Eltern mit Kindern bis einschließlich 18 Jahren im Vergleich zu Personen ohne Kinder in dieser Altersgruppe untersucht. Dabei lassen sich in einigen Bereichen durchaus Unterschiede feststellen. Gleichwohl sind diese Unterschiede nur selten grundlegender Art, und in überraschend vielen Bereichen lassen sich keinerlei Meinungsunterschiede zwischen Eltern und der restlichen Bevölkerung feststellen.

Mit den Daten des ifo Bildungsbarometers 2015 werden wieder viele weitere wissenschaftliche Detailanalysen möglich sein. So lassen sich bei den verschiedenen Themen mögliche Unterschiede zwischen weiteren Bevölkerungsgruppen untersuchen. Anhand von Schätzfragen über die derzeitige Situation wird es möglich sein zu untersuchen, inwiefern die Effekte der Informationsbereitstellung mit einer tatsächlich verbesserten Informationslage einhergehen. An neuen spannenden bildungspolitischen Themen für das nächste ifo Bildungsbarometer wird es auch im kommenden Jahr nicht fehlen.

¹³ Wie in Kasten 2 beschrieben hat die Anordnung der Antwortmöglichkeiten ebenfalls keinen signifikanten Einfluss auf die Befragungsergebnisse.

Kasten 2 Effekte des Fragedesigns

Während inhaltliche Variationen der Fragen – wie etwa die Bereitstellung von Information oder der Verweis auf wissenschaftliche Befunde – das Antwortverhalten im ifo Bildungsbarometer 2015 zum Teil deutlich beeinflussen, zeigt eine weitere Analyse, dass die Anordnung der Antwortmöglichkeiten keine bedeutsamen Auswirkungen auf die Ergebnisse zu haben scheint.

Um diesen Aspekt des Fragedesigns zu untersuchen, wurden die Befragten bei der Frage zum Einschulungsalter (vgl. Abb. 8) zufällig in drei Teilgruppen aufgeteilt. Befragte in der ersten Teilgruppe beantworteten die Frage anhand der vertikalen Anordnung der Antwortkategorien, die im ifo Bildungsbarometer generell bei den meisten Fragen verwendet wird: Die Antwortkategorien »sehr dafür«, »eher dafür«, »eher dagegen«, »sehr dagegen« und »weder dafür noch dagegen« werden vertikal von oben nach unten angeordnet.

Für die zweite Teilgruppe wurden dieselben Antwortkategorien verwendet, aber nunmehr horizontal von links nach rechts angeordnet. Die Anordnung für die dritte Teilgruppe war wiederum vertikal, jedoch wurde im Vergleich zur ersten Teilgruppe die Reihenfolge der Antwortkategorien umgedreht (von »sehr dagegen« oben bis »sehr dafür« unten). Die Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde in allen drei Teilgruppen als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert. Zwischen dem Antwortverhalten der drei Teilgruppen konnten keinerlei signifikante Unterschiede festgestellt werden.

Literatur

Bos, W., B. Eickelmann, J. Gerick, F. Goldhammer, H. Schaumburg, K. Schwippert, M. Senkbeil, R. Schulz-Zander und H. Wendt (Hrsg., 2014), *ICILS 2013: Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in der 8. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich*, Waxmann, Münster.

Bundesagentur für Arbeit (2013), *Die Arbeitsmarktsituation jüngerer Menschen ohne Berufsabschluss*, Broschüre der Arbeitsmarktberichterstattung, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2014), *Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Monatliche Zeitreihen – Ausbildungsstellenmarkt*, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Cunha, F., J.J. Heckman, L. Lochner und D.V. Masterov (2006), »Interpreting the Evidence on Life Cycle Skill Formation«, in: E.A. Hanushek und F. Welch (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 1, Elsevier, Amsterdam, 697–812.

Duong, S. und V. Püttmann (2014), *Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung? Eine Analyse der aktuellen Rahmenbedingungen und Daten*, Arbeitspapier Nr. 177, Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh.

Henderson, M.B., P. Lergetporer, P.E. Peterson, K. Werner, M.R. West und L. Woessmann (2015), »Is Seeing Believing? How Americans and Germans Think about their Schools«, PEPG Working Papers Series, 15–02, Harvard University, Program on Education Policy and Governance, Cambridge, MA.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013), *Qualifikationspezifische Arbeitslosenquoten*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Kultusministerkonferenz (2009), *Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung*, Kultusministerkonferenz, Bonn.

OECD (2014), *Education at a Glance 2014: OECD Indicators*, OECD, Paris.

Statistisches Bundesamt (2014), *Bildungfinanzbericht 2014*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.